

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3 Mark monatlich, 30 Mark vierteljährlich, 120 Mark jährlich, 1.50 Mark wöchentlich. Einzelne Nummer 5 Pfennig. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig. Postabonnements: 1.20 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

**Die Interaktions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsachsigste Anzeigensatz oder deren Raum 60 Pfennig, für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pfennig. Kleine Anzeigen, das festgedruckte Wort 20 Pfennig, (zweiwöchig 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenanzeigen und Stellenangelegenheiten das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. Mittwoch, den 14. Juni 1916. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

## Ministerkrise in Italien.

Der Sturz des Ministeriums Salandra ist für die breite Öffentlichkeit vollkommen unerwartet gekommen. Die Betrachtungen der italienischen Blätter vor der Eröffnung der Kammer, so kann man aus den recht düster gehaltenen Pressestimmen erste Beforgnisse um den Ausgang der Session heraus hören. In vielem erinnerte diese Situation an die verworrene Lage vor der Eröffnung der Märzsession der italienischen Kammer. Während es aber dem Kabinett Salandra-Sonnino damals verhältnismäßig leicht gelang, die drohende Gefahr abzuwenden, hat es jetzt die Konsequenz aus dem Zusammenbruch seiner Mehrheit ziehen und zurücktreten müssen.

Damals wie jetzt war die Beforgnis wegen der weiteren Existenz des Ministeriums begründet auf der Unzuverlässigkeit der Mehrheit, in deren Namen Salandra das Land regierte und den Krieg führte. Die relativ festeste Stütze seiner Macht bildeten die sogenannten Interventionisten, d. h. jene Gruppen und Persönlichkeiten, welche nicht nur vor dem Kriege auf die Intervention hindrängten, sondern auch nach dem Eintritt Italiens in den Krieg auf seine weitere Ausdehnung hinarbeiteten und eine energischere Kriegsführung forderten. Einig waren und sind diese Gruppen in ihrem Gegensatz zu dem Neutralismus der Giolittaner, d. h. der Anhänger der alten Dreibundpolitik, und in ihrem Kampf gegen die offizielle sozialistische Partei, aber innerlich sind sie von Gegensätzen zerrissen, die auf ihre Aktionen oft lähmend einwirken. Den Kerntrupp der Interventionisten bilden die Radikalen, die Republikaner und die Reformsozialisten, zu ihnen stoßen aber von rechts die Liberalen, die in dem „Corriere della Sera“ ihr Sprachrohr haben, ferner die Nationalisten und sogar einzelne Merkale, die nur durch die Kriegspartole mit dem linken Flügel der Interventionisten zusammengehalten werden, im übrigen aber namentlich in wirtschaftlichen Fragen, im schroffen Gegensatz zu der Linken stehen.

Was die Gegner des interventivistischen Blocks, der in der Kammer etwa 200 Stimmen besitzt, betrifft, so muß scharf unterschieden werden zwischen der grundsätzlich kriegsgegnerischen Haltung der „offiziellen“ Sozialisten und der furchtsamen, grundsätzlichen Opposition der Giolittaner und jenes Teil der Merkale, der die Regierungspolitik nicht mitmacht. Die Giolittaner waren Gegner des Krieges, weil sie eine Preisgabe der traditionellen Dreibundpolitik als einen Fehler betrachteten. Dagegen haben sie nichts dagegen einzuwenden, daß Italien, nachdem es einmal in den Krieg eingetreten, seine nationalen Ziele gegen Österreich-Ungarn durchsetzen will. Sie fassen nun den Krieg ausdrücklich als einen solchen gegen Österreich-Ungarn auf, und möchten ihn in diesen Grenzen lokalisiert wissen. Darüber hinaus tadeln sie alle weiteren Bindungen, so den Beitritt Italiens zu der Londoner Konvention, und sind im übrigen bestrebt, die Verantwortlichkeit für den Krieg sorgsam von sich abzuwenden. Das bestimmte ihre Haltung dem Ministerium Salandra gegenüber: ohne mit ihm zufrieden zu sein, machten sie beispielsweise im März in ihrer Kritik auf halbem Wege Halt, einerseits, weil sie absolut nicht den Wunsch verspürten, die Erbschaft Salandras zu übernehmen, andererseits, weil sie durch allzu scharfes Vorgehen nicht einem Ministerium den Boden bereiten wollten, in dem die Interventionisten einen noch stärkeren Einfluß besäßen.

Die jetzige Ministerkrise läßt sich nun im wesentlichen darauf zurückführen, daß die Interventionisten die Gegnerschaft der Sozialisten gegen die Regierung und die Enthaltung mindestens eines großen Teiles der Giolittaner benutzten, um das Kabinett, das ihnen namentlich in letzter Zeit zu wenig entschieden und energigisch schien, zum Fall zu bringen. Interessant sind in dieser Beziehung die Äußerungen der interventivistischen Presse vor der Eröffnung der Kammer. Während der „Popolo d'Italia“, das Blatt des sozialistischen Regenten Mussolini, offen drohte, kündigte der gemäßigtere „Secolo“ in verhüllter Form das Auffagen der Gefolgschaft an. „Die Regierung“, schrieb das Blatt am 6. d. M., „wird das geforderte Vertrauensvotum erhalten. Kein Anzeichen deutet auf Spaltungen in der Majorität. Nur die offiziellen Sozialisten beschränken sich nicht auf Einzelkritik, sondern treiben prinzipielle Opposition gegen den Krieg selbst und entwerfen dadurch auch jene vernünftige Kritik, die sie im einzelnen vielleicht üben. Ihnen gegenüber verhält die Majorität in einer disziplinierten äußeren Einigkeit. Vielleicht ist aber diese nun bereits seit über einem Jahre andauernde parlamentarische Lage nicht gerade das Wünschenswerteste für die mit Verantwortung belastete Regierung. Denn unter dem Deckmantel völliger Einigkeit verstecken sich immer noch manche Neutralisten, und andererseits wird durch die doch nur gekünstelte Einheit die Freiheit der Ratschläge verkürzt. Einer solchen Lage gegenüber ist es doppelt bedauerlich, daß Salandra kein Debatter, Sonnino zwar ein gewiegter Diplomat, aber überhaupt kein Redner ist und Barzilai nicht den entsprechenden Posten für große oratorische Wirkung besetzt. Die Regierung, der die Kammer das Bild jener vertrauensvollen Einigkeit bietet, übt ihrerseits eine fast diktatorische Gewalt aus, zumal durch die Brezzenjur. Sie hat das für sich geforderte Vertrauen dem Volke nicht erwidert, sondern ver-

langt schweigendes Abwarten, tut so aut wie nichts für die Gebung der Stimmung und steht den freiwillig sich anbietenden Kräften der Intelligenz, der Sachverständigen und Unternehmer mit selbstgenügsamer Kühle gegenüber. Ihre Absichten sind gut, aber es fehlt der Kontakt, der überzeugte Mitarbeiter und Sympathien hervorbringt. Die Kammermajorität ist von Hause aus keine ministerielle Mehrheit, und so lehnt sie es ab, über das Vertrauensvotum hinaus Verantwortung zu übernehmen. Gegenüber einer solchen Lage müßte die Aktion des Ministeriums etwas Mitreisenderes haben, als ihr eigen ist. Aber die Regierung hat, neben der höchsten Verantwortung, auch die uneingeschränkte Gewalt über Leben und Gut aller Italiener, und von ihr erwartet man alle Kraft und alles Vertrauen.“

Es ist begreiflich, daß die Regierung, angesichts des Abbröckelns der eigenen Gefolgschaft, dem angekündigten Vorstoß der sozialistischen Partei mit Bangen entgegen sah. Unmittelbar vor der Kammereröffnung beschwor das offizielle „Giornale d'Italia“ die Kritiker der Regierung, „im Interesse des Vaterlandes“ Mäßigung zu üben. Darauf erwiderte der „Avanti“, das Organ unserer Partei, scharf:

„Wir erheben Widerspruch gegen den Grundsatz, daß die verantwortlichen Führer des Heeres nicht kritisiert werden dürfen, auch wenn die Ereignisse eine solche Kritik zur unbedingten Pflicht machen. Vor allen Dingen müssen wir aber den Rat ablehnen, über die Ergebnisse des Kampfes und der auswärtigen Politik zu schweigen. Für die kriegsbeherische Presse wird sonst nie der Augenblick kommen, wo wir darüber reden dürfen. Während die offiziellen Blätter täglich lächerliche Lügen und lächerliche Prahlereien schreiben, dürfen wir anderen nicht einmal die englischen Neußerungen über die deutsch-englische Seeschlacht abdrucken oder eine der Wirklichkeit entsprechende Darstellung der Kämpfe in Tirol geben. Eine Presse, die so viel Dummheiten auf dem Gewissen hat — von der Behauptung eines Eingreifens Rumäniens bis zur Behauptung, daß die angekündigte österreichische Offensive nur ein Bluff sei — sollte selbst schweigen.“

Der „Avanti“ erklärte weiter, die parlamentarische Gruppe der Sozialisten werde ihre Pflicht erfüllen und die Regierung, ob sie nun wolle oder nicht, für die Ereignisse verantwortlich machen, weshalb sie unter allen Umständen eine Diskussion herbeiführen werde. Bei dieser Diskussion ist nun Salandra, der recht unglücklich sprach und seine eigenen Anhänger verlegte und empörte, von den Interventionisten im Stich gelassen worden. Ob diesem Vorgehen bestimmte Beschlüsse und Abmachungen vorausgegangen sind, entzieht sich vorläufig der Beurteilung. Was aber jetzt schon als ziemlich sicher erscheint, ist, daß der Sturz Salandras, angesichts der geschilderten Verhältnisse, zu keinem politischen Systemwechsel, sondern höchstens zu einer schärferen Betonung der linken interventivistischen Tendenzen im neuen Kabinett führen dürfte, das, ob es will oder nicht, wohl im selben Fahrwasser wie das Kabinett Salandra weitersegeln wird.

## Salandras Rede.

Rom, 11. Juni. (W. L. P.) Im Laufe der Beratung über die provisorischen Budgetmaßstäbe erklärte der Ministerpräsident Salandra: Die Verhandlungen über die provisorischen Budgetmaßstäbe des Finanzjahres 1916/17 umfassen die ganze Politik der Regierung und beanspruchen eine einzigartige Wichtigkeit in Anbetracht des Ernstes des geschichtlichen Augenblicks, den wir erleben. Der Finanzminister wird über die außerordentlichen Finanzmaßnahmen für den Krieg und über die fiskalischen Maßregeln sprechen, die erfolgreich vorbereitet worden sind, um unseren Kredit in einem Augenblick aufrecht zu erhalten, in dem das Land seiner am dringlichsten bedarf. Aber die Regierung gibt sich Rechenschaft von der berechtigten Erwartung der Kammer und hält es für angezeigt, im Gegensatz zu dem üblichen Verfahren der Beratung als Einleitung einige Erklärungen über die internationale und die militärische Lage voranzuschicken, das heißt über zwei Gegenstände, in denen ganz natürlich die besorgte Erwartung des Landes und des Parlamentes zusammentreffen. Vor zwei Monaten hat die Kammer mit sehr großer Mehrheit ihre Zustimmung zu den Richtlinien unserer internationalen Politik gegeben, die vom Minister des Äußeren dargelegt wurden. Diese Richtlinien haben sich nicht verändert. Es hat sich nichts Neues ereignet, was sie hätte ändern können. Wir können indessen fest versichern, daß die lokale und tätige Solidarität mit unseren Alliierten in dieser kurzen Zeitspanne Veranlassung und Gelegenheit gehabt hat, sich in der vollkommenen Uebereinstimmung der Ziele zu befestigen, die sich im beständigen Zusammenwirken der Kräfte kundgibt. Die starke Offensive, die der Feind gegen uns unternommen hat, und in der er einen so großen Teil seiner Kräfte festgelegt hat, hat den berechtigten Ansturm unserer mächtigen Alliierten erleichtert. Wir können daher erwarten, daß es diesmal dem Feinde nicht gelingen wird, aus dem Vorteil seiner zentralen Lage in überraschender Weise Nutzen zu ziehen. Ebenso wie die Ereignisse die höchste und dauernde Notwendigkeit jener Solidarität zeigen, die sich stets mehr vervollständigt, so muß diese sich auch in den weniger hervortretenden aber sehr wichtigen Maßnahmen wirtschaftlicher und finanzieller Art äußern. Denn die Widerstandsfähigkeit der Armeen hängt von der Widerstandsfähigkeit der nationalen Organismen ab.

Unter diesen Gesichtspunkten wird die italienische Regierung auf der Konferenz, die sich nach geeigneter Vorbereitung und Meinungsaustausch in Paris versammeln wird, durch ihren Finanzminister vertreten sein. Dort werden endgültige Abmachungen über die wirtschaftlichen Maßnahmen internationaler Art getroffen werden, und wenn es sich als unmittelbar nützlich während des Krieges erweist, wird dort die wirtschaftliche Regelung für die Zukunft vorgenommen werden, wo-

bei übrigens keine endgültige Verpflichtung übernommen werden kann, da die Zustimmung hierzu dem Parlament vorbehalten bleiben muß. Während sich unsere größte militärische Anstrengung gegen Osten richtete, um den großen Widerstand zu überwinden, den die natürlichen Hindernisse und die seit langem eingerichteten Verteidigungsanlagen unserem Willen entgegensetzten, die territorialen Ziele zu erreichen, die in direkter Beziehung zu den letzten Zielen des Krieges stehen, hat der Feind eine Pause an den anderen Fronten benützt, eine starke Angriffsbewegung gegen uns vorbereitet und in einer Ecke des Trentino zahlreiche ausgewählte Truppen und eine ungeheure Menge Artillerie zusammengezogen. Der Feind hat für seinen Angriff die Linie des Lagarina-tales und der Brentaoberebenen gewählt, sei es, weil im Trentino die feindliche Offensive eine kräftige Unterstützung in den vorbereiteten vorgeschobenen Befestigungen und in dem umgebenden Gelände finden mußte, sei es mit Rücksicht auf die weniger große Widerstandskraft unserer Verteidigungsstellungen in den Bergen, die er zu durchbrechen hatte, so daß er möglicherweise die Ebene an deren Fuße bedrohen konnte. Dies war der verwundbarste Punkt unserer Grenze, die im Jahre 1866 so gezogen worden ist, daß sie die Türen zu unserem Hause dem Gudenfenster unseres Erbfeindes offen ließ. Diese ungünstigen Umstände machten die ersten unerbittlichen Erfolge der feindlichen Offensive möglich. Es muß jedoch mit männlicher Offenheit zugegeben werden, daß eine besser vorbereitete Verteidigung ihn weniger länger und weiter von dem Rand des Berglandes ausgehalten haben würde.

So erklärt es sich, daß es auf das Land einen schmerzlichen Eindruck machte, als es vernahm, daß nach einem Kriegsjahre es dem Feinde gelungen war, seinen Fuß auf ein Stück vaterländischen Gebiet zu setzen, klein ohne Zweifel, aber heilig wie jedes Stück des Gebiets der Nation. Aber wir stehen jetzt in der vierten Woche seit Beginn des erbitterten Kampfes, und es ist gelungen, den eindringenden Waffen des Feindes Widerstand zu leisten derart, daß er nach seinem ersten und so leicht erlangten Erfolg nur eine sehr kleine Strecke weiter vordringen konnte. Es wäre läh, sagen zu wollen, daß der kritische Augenblick vorüber sei, da der Feind, durch heroischen Widerstand auf den Flügeln ausgehalten, ganz gewaltige Anstrengungen gegen unsere Mittelstellungen macht. Aber wir können dem Endausgang mit gleichmütigen Vertrauen entgegen sehen. Wenn Sie von uns andere Auskünfte, genauere Erläuterungen und andere Zukunftsbetrachtungen verlangen, so wird die Regierung Sie Ihnen mit vollständiger Aufrichtigkeit geben, ohne je an der Wahrheit etwas zu ändern, aber freilich nur in dem Maße, als dies nach ihrem Urteil den Interessen des Landes nicht schaden wird. Im übrigen können Sie ja auch selbst nicht wollen, daß durch unsere Besprechungen dem Lande ein Schaden verursacht oder seine moralische Kraft irgendwie gemindert wird, die ich und erhalten muß und die sie zweifellos auch selbst erhalten wollen, wie Sie es an anderen Parlamenten sehen, die gewiß ihrem Vaterlande nicht ergebener sind als unsere Kammer. Unseren Besprechungen müssen Grenzen gezogen sein. Auf der anderen Seite ist Ihr Recht auf Kritik unbegrenzt, ebenso wie Sie, wenn Sie wollen, auch die Möglichkeit haben, die Handlungsweise der Regierung zu beurteilen. Aber wenn Sie eine solche Beurteilung aussprechen müssen, so möge es mit Würde und Lutz geschehen. Der gegenwärtige Augenblick verlangt Taten und nicht Worte. Die Regierung muß ohne Hast mit allen Kräften arbeiten, um dem Heere und der Flotte die unentbehrlichen Mittel zum Schutze des Landes in dieser harten Prüfung zu geben. Wenn Sie die Regierung heute ihrer Aufgabe nicht gewachsen glauben, so müssen Sie diese Aufgabe solchen Männern anvertrauen, welche in der Lage sind, sie zu vertreten. Niemand aber wird uns diesen einzigen Ehrgeiz abspreden können, daß wir mit völliger Ergebenheit und Aufrichtigkeit dem Vaterlande alle unsere geistigen und moralischen Kräfte gewidmet haben.

## Der Ansturm der italienischen Sozialisten

Dem „Lokal-Anzeiger“ wird aus Lugano vom 13. Juni gemeldet:

Für die gestrige Kammer Sitzung stand nur ein Punkt, Mitteilungen der Regierung, auf der Tagesordnung. Man wußte, daß die Regierung ihren Rücktritt erklären würde, und zu gewöhnlichen Zeiten wäre die Aufgabe der Sitzung in fünf Minuten erledigt gewesen. Aber nicht so gestern. Die Sozialisten, denen durch die schnelle Entwicklung der Krise die Ausführung ihrer Absicht, vom Ministerium Salandra wegen des Krieges und seiner gesamten inneren und äußeren Politik Rechenschaft zu fordern, gestört worden war, hatten beschlossen, unter allen Umständen die gestrige Sitzung dazu zu benutzen, um ihre Absicht wenigstens der Hauptsache nach zu erreichen, und sie haben sie erreicht, und zwar in einer Weise, die vielleicht ihre eigenen Erwartungen übertroffen hat. Der Mann, der den Krieg gewollt und mit Hilfe der niedersten Leidenschaften der Gese der Straße durch Volksbetrug und Intrigen dem Lande den Krieg aufgezwungen hat, ist nach dem gestrigen Tage für immer abgegan. Nachdem Salandra der Kammer die erfolgte Demission des Ministeriums mit dem Hinzufügen mitgeteilt hatte, daß das Ministerium zur Erledigung der laufenden Geschäfte und zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Amte bleibe und alle ihm vom Parlament verliehenen Vollmachten benutzen werde, um die Verantwortlichkeit für die Maßregeln zu übernehmen, welche für den siegreichen Fortgang des Krieges nötig werden sollten, nahm der Sozialist Turati das Wort, um im Namen seiner Gruppe den Antrag zu stellen, daß die Kammer innerhalb zehn Tagen nach Beendigung der Ministerkrise wieder einzuberufen werden müsse. Das Votum der Kammer vom Sonnabend, erklärte Turati, enthält keine Begehung für das neue Ministerium und läßt allen Willkürlichkeiten, Uebergriffen, Fälschungen und Intrigen freies Feld. Wir wollen durch unseren Antrag die Vorrechte der Kammer sichern und den Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten wie im Mai 1915, von denen sich die Vordoten anzeigen, vorbeugen. Wir wollen nicht, daß sich unter der Aufsicht und Duldung der Regierung die Geiseln

talen des Auswurfs der Straße wiederholen. Schon häufen sich die Anzeichen dazu. Wir wollen, daß die Kammer so bald als möglich in die Lage kommt, das neue Ministerium und die Art, wie es zustande gekommen ist, zu beurteilen.

Turati sprach unter größter Aufmerksamkeit des Hauses, nur hin und wieder von der rechten Seite unterbrochen und am Schluß lebhaft beklatscht von fast der ganzen Linken. Nach ihm nahm der rechtsliberale Cobacci Pisanelli das Wort, um den Antrag Turatis mit dem Hinweis auf seine verfassungsmäßige Unzulässigkeit zu bekämpfen. Die Sozialisten unterbrechen ihn mit Zurufen: „Niemand ist unzufriedener mit der Verfassung umgegangen als das Ministerium Salandra.“ Der Sozialist Modigliani verteidigt den Antrag Turatis, der nicht den Zweck habe, die Verfassung anzugreifen, sondern sie zu stützen und zu verändern, daß die Krone durch Einschüchterungsversuche in ihren Entschlüssen beeinträchtigt werde. Schon seien die Intriganten an der Arbeit; ein Beispiel sei das Nichterscheinereiten der Jenzur gegen einen das Parlament in verbrecherischer Weise angreifenden Artikel des „Corriere della Sera“, der auf diese Weise Salandra seinen Dank habe abtragen wollen für die Ernennung seines Direktors Albertini zum Senator. Redner fährt fort, unter größter Erregung des Hauses den Geschäftsjournalismus des „Corriere della Sera“, mit dem Salandra aufs engste verbunden sei, zu geißeln. Modigliani bespricht hierauf den Angriff auf offener Straße in Rom auf den Abgeordneten Schanger und fragt, warum die Staatsanwaltschaft nicht einschreite, um die Mitglieder der Kammer zu schützen. Als der Präsident Marcora den Redner unterbricht, erachtet der zumut seines Höhepunkt. Die Sozialisten überschütten den Präsidenten mit Schmähungen, und Prampolini erklärt in einem Augenblick verhältnismäßiger Ruhe zum Präsidenten gewendet: „Sie sind Ihres Postens unwürdig, sie haben stets die Würde und das Recht des Parlaments verraten, um den Drahtzieher jeder jeweiligen Regierung abzugeben.“ Modigliano schließt mit den Worten: „Wir wollen nicht, daß das neue Ministerium sich mit Gewalttätigkeiten einfaßt, wie wir davon ein Beispiel im Mai des vorigen Jahres gehabt haben. Das Votum der Kammer hat mit dem Ministerium Salandra in seiner Gesamtheit und in jedem einzelnen seiner Mitglieder sowie mit seinen Zielen und Grundsatzen aufgeräumt und wir werden nicht erlauben, mag kommen, was da will, daß an dieser Tatsache die geringste Veränderung geschieht.“

### Neue Sturmfronten in der italienischen Kammer.

Bern, 13. Juni. (W. Z. V.) Mailänder Blättermeldungen zufolge kam es in der gestrigen Kammer Sitzung, die eigentlich nur für die Mitteilung der Demission des Kabinetts bestimmt war, zu äußerst stürmischen Zwischenfällen. Turati griff die Regierung wegen der Nichtunterdrückung der Maiunruhen in Mailand im Jahre 1915 an, wobei der Pöbel sich an dem Privateigentum der deutschen und österreichischen, ja selbst der schweizer Bürger vergreifen habe. „Wir hoffen“, schloß Turati wörtlich, „daß solche Gewalttätigkeiten, wie sie die Regierung damals in Mailand gestattete, nicht mehr vorkommen.“ Bei diesen Worten sprang Salandra erregt auf und schrie Turati ins Gesicht: „Das ist eine Lüge und eine Gemeinheit!“ Hierauf entstand ein allgemeiner großer Tumult. Die verschiedenen Gruppen tiefen einander die heftigsten Beleidigungen zu, die Sozialisten insbesondere wändelten sich gegen Salandra. Der alte Präsident Marcora ist nicht imstande, den wüsten Lärm zu überhören. Salandra wiederholte immer erregter seine obigen Worte. Die Sozialisten antworteten mit anderen Anschuldigungen und Beleidigungen. Schließlich ergriff Salandra sein Portefeuille und verließ seinen Platz, während die Sozialisten weiter lärmten. Am Ausgang des Saales warf Salandra sein Portefeuille empört auf einen kleinen Tisch, während Abgeordnete ihn umringten und zu beruhigen suchten, worauf Salandra den Saal verließ.

### Schärfere Kriegspolitik Italiens?

Bern, 13. Juni. (W. Z. V.) Soweit sich die Schweizer Blätter mit der italienischen Kabinettskrise befassen, erwarten sie ein stärker nach links orientiertes Ministerium und damit eine verschärfte Kriegspolitik. Die Sorge für den Sieg der Alliierten werde der „Neuen Zürcher Zeitung“ zufolge mehr als bisher vor der Sorge für die Interessen Italiens den Vorrang erhalten. Nicht ausgeschlossen ist dabei, daß sich dies bereits auf der Pariser Wirtschaftskonferenz bemerkbar machen wird. Eine Schwankung in der italienischen Haltung zu Montenegro und Serbien wäre für den Ausgang des Krieges von noch größerer Bedeutung. Man entdeckt in den Ereignissen vom Sonnabend unschwer die Finger des englischen und des französischen Botschafters in Rom.

### Das neue Ministerium.

Bern, 13. Juni. (W. Z. V.) Die „Messagero“ aus Rom meldet, empfang der König gestern abend abermals Boselli in langer Audienz. Man versichere, daß Boselli heute mit den Präsidenten beider Kammern und den wichtigsten politischen Persönlichkeiten, die sich in Rom befinden, Unterredungen haben werde, um alsdann dem König mitzuteilen, ob er die angebotene Würde annehmen wolle oder nicht.

Rom, 13. Juni. (W. Z. V.) Meldung der Agenzia Stefani. Boselli hat heute morgen Schritte zur Bildung des Kabinetts begonnen. Er wird im Laufe des Tages den Besuch einiger Politiker empfangen, die er zur Besprechung der Lage zu sich berief.

### Der französische Tagesbericht.

Paris, 13. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Montag nachmittag. Westlich von Solsons zerstörte die französische Artillerie feindliche Werke und rief sie eine Explosion in den Linien des Gegners hervor. Auf dem linken Ufer der Maas wurde die Gegend von Chantancourt bombardiert. Auf dem rechten Ufer war der Artilleriekampf lebhaft in den Abschnitten nördlich von Souville und Tabannes. Im Laufe dieser Nacht richteten die Deutschen einen Angriff auf die Schützengräben westlich der Feste Vaux. Sie wurden vollkommen zurückgeschlagen.

Paris, 13. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom Montag abend. Auf dem rechten Ufer der Maas richteten die Deutschen nach mächtiger Artillerievorbereitung den ganzen Tag aufeinanderfolgende Angriffe auf unsere Stellungen nördlich des

## Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 13. Juni 1916. (W. Z. V.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

Gegen einen Teil unserer neuen Stellungen auf den Höhen südöstlich von Ypern sind seit heute örtliche Angriffe der Engländer im Gange.

Auf dem rechten Maasufer, beiderseits des von der Feste Donaumont nach Südwesten streichenden Rückens schoben wir unsere Linien weiter vor.

### Ostlicher Kriegsschauplatz.

An der Düna südöstlich von Dubena zerstörte das Feuer unserer Batterien eine russische Kavalleriebrigade.

Nordöstlich von Baranowitsch war das feindliche Artilleriefeuer lebhafter.

Die Armee des Generals Graf Bothmer wies westlich von Przewlaka an der Strypa feindliche Angriffe restlos ab.

Bei Podhajce wurde ein russisches Flugzeug von einem deutschen Flieger im Luftkampf bezwungen; Führer und Beobachter — ein französischer Offizier — sind gefangen, das Flugzeug ist geborgen.

### Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

### Oberste Heeresleitung.



### Kämpfe in Wolhynien.

### Der österreichische Generalkommandobericht.

Wien, 13. Juni. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

#### Russischer Kriegsschauplatz.

Am 11. Juni südlich von Wosjan wurde ein russischer Angriff abgewiesen. In Babagora, Snyatin und Hordenska ist feindliche Kavallerie eingedrungen. Bei Burtanow an der Strypa scheiterten mehrere russische Vorstöße. Nordwestlich von Tarnopol stehen unsere Truppen ohne Unterlass im Kampfe.

Bei Sapanow wurde ein russischer Angriff durch unser Geschützfeuer vereitelt. Südwestlich von Dubno trieben wir einen feindlichen Kavalleriespürer zurück.

In Wolhynien hat feindliche Reiterei das Gebiet von Lorzyn erreicht; es herrscht zum größten Teil Ruhe. Bei Solam an der Strypa trieb der Feind seine Truppen zum Angriff vor; er wurde geworfen.

Auch bei Kozki sind alle Uebergangsversuche der Russen gescheitert. Die Zahl der eingebrachten Gefangenen stieg auf zweitausend.

#### Italienischer Kriegsschauplatz.

An der Front zwischen Etich und Brenta und in den Dolomiten waren die Artilleriekämpfe zeitweise, wenn die Sichtverhältnisse sich besserten, sehr lebhaft. An mehreren Punkten erneuerten die Italiener ihre fruchtlosen Angriffversuche.

#### Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes, v. Dörfner, Feldmarschalleutnant.

#### Ereignisse zur See.

Am 12. morgens drangen drei feindliche Torpedoeinheiten in dem Hafen von Varenzo ein. Sie wurden durch die Abwehrbatterien und Flugzeuge vertrieben. Ihr Geschützfeuer blieb wirkungslos. Nur eine Mauer und ein Dach wurden leicht beschädigt; niemand verwundet, während die Batterien und die Flieger Treffer erzielten.

#### Flottenkommando.

Werkes von Thiaumont. Trotz der bedeutenden eingesetzten Kräfte und der Festigkeit der Stürme hat unser Sperrfeuer und das Feuer unserer Infanterie den Gegner, dessen Verluste sehr ernst waren, überall angehalten. Die Beschädigung erstreckte sich außerdem auf die ganze Gegend westlich und südlich des Forts Vaux und auf unsere zweiten Linien in den Abschnitten von Souville und Tabannes. Auf dem linken Ufer Artilleriekampf nördlich von Chantancourt ohne Infanteriekampf. Auf der übrigen Front die übliche Kanonade. An der belgischen Front wenig Tätigkeit.

### Die englische Meldung.

London, 12. Juni. (W. Z. V.) General Haig berichtet: Heute kein Infanteriekampf, nur Artillerie- und Minentätigkeit. Deutliche gegenseitige Beschädigung zwischen Hügel 100 und Dooge. Wir richteten ein heftiges erfolgreiches Feuer gegen feindliche Sappen südlich von Doos.

## Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 11. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 10. Juni.

Gestern erhielt Seine Majestät der Oberste Kriegsherr folgendes Telegramm des Präsidenten der französischen Republik:

„Der große Sieg, den Russland im guten operativen Zusammenwirken mit den Generalstäben der Alliierten errungen hat, ist ein mächtiger Beitrag zum allgemeinen Erfolge. Während vor Verdun die französische Armee tapfer und unbeflegbar den wieder aufgenommenen deutschen Angriffen widersteht, haben die tapferen Soldaten Eurer Majestät unseren Feinden eine blutige Schlappe beigebracht. In freudiger Erregung über die glückliche Stunde bittet Frankreich Euer Majestät meine aufrichtigsten Glückwünsche sowohl für Euer Majestät selbst, als auch für die tapfere Armee entgegenzunehmen zu wollen.“ gez. Raymond Poincaré.

Westfront. Die Truppen des Generals Brussilow setzen ihre Offensive und die Verfolgung des Feindes weiter fort. Im Kampfe mit feindlichen Nachhut haben unsere Truppen nördlich und südlich von Luch den Styr überschritten. Vereits übergegangene Abteilungen verfolgen den Feind, der sich in weiter rückwärts gelegenen Stellungen zu halten sucht.

Galizien. Im Raume Glatki-Gebrów, nordwestlich Tarnopol, wird weiter um einige Höhen heftig gekämpft, die wiederholt den Besitz wechseln. Die belgischen Panzerautos leisten unseren Truppen hervorragende Dienste. Das Durchstoßen der feindlichen Strypafront hat für uns die Inbesitznahme des ganzen besetzten Ostufers der Strypa zur Folge gehabt. Am 10. Juni bei Tagesanbruch drangen unsere Truppen in Wuzacz ein, und bei dem Angriff längs des Dnjeper eroberten sie das Dorf Scianta (18 Kilometer südwestlich Jaglowiec). Im Dorfe Wotol-Floty (10 Kilometer südwestlich Jaglowiec) erbeuteten wir einen großen Artillerie-Munitionspark mit Artillerie- und Infanteriemunition. Der Angriff schreitet fort. Im Laufe der gestrigen Kämpfe machten wir wiederum 97 Offiziere und 6500 Soldaten zu Gefangenen und erbeuteten 11 Geschütze. Die Gesamtsumme der im Laufe der Operationen gemachten Gefangenen beträgt bis jetzt 1240 Offiziere und ungefähr 71 000 Soldaten. Außerdem erbeuteten wir im ganzen 94 Geschütze, 48 Bombenwerfer und viel anderes Kriegsgerät.

Nordwestfront. An der Dünafront an vielen Stellen Artilleriekampf. In der Nacht vom 9. Juni entwickelten die Deutschen große Artillerie- und Minenwerfertätigkeit gegen einige Unterabschnitte der Stellungen von Düna. Bei Krewo südlich Smorgon versuchte der Feind mehrmals an unsere Stellungen heranzukommen; er wurde jedoch jedesmal durch unser Feuer zurückgedrängt. Am Oginiski-Kanal stellenweise lebhafter Feuerkampf.

Kaukasus. Bei Trapezunt warfen unsere Truppen den Feind aus seinen Stellungen westlich der Stadt Platana. Türkische Gegenangriffe scheiterten mit großen Verlusten für den Feind.

### Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 13. Juni. (W. Z. V.) Kriegsbericht vom 12. Juni: Im Comonacatale und in Jubilaran Artilleriekämpfe und Zusammenstöße zwischen keinen Abteilungen. Im Bagarinatale heftige Beschädigung unserer Stellungen am Conti Bugna durch die feindliche Artillerie. Gestern dauerte im Brandal, im Sabudinoabschnitt und auf der Linie Postna-Astas das Vorwärtsschreiten unserer Infanterie fort, obgleich sie durch das heftige Feuer der feindlichen Artillerie sowie durch Schnee und Sturm in den höher gelegenen Abschnitten gehindert wurde. Zwei feindliche Gegenangriffe in der Richtung auf Horni Alti und in der Gegend von Campiglia wurden mit sehr schweren Verlusten für den Feind zurückgeworfen. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden, südwestlich von Schleggen drangen unsere vorgeschobenen Abteilungen, nachdem sie das Canaglatal überschritten hatten, in der Richtung auf die südöstlichen Abhänge des Monte Cengio, sowie in der Richtung auf den Monte Barco und den Monte Busbollo vor. Nachträglich eingelaufene Einzelheiten heben den glänzenden Erfolg unserer Waffen in dem Kampf am 10. Juni auf dem Monte Fomerle hervor; die tapfere Infanterie der Brigade Forli (43. und 44. Infanterieregiment) hielt mutig den Stoß ungeheurer feindlicher Massen aus, die bis vor unsere Stellungen gekommen waren, unternahm sodann einen Gegenangriff, zerstreute den Feind und verfolgte ihn lange Zeit mit dem Bajonett. Im Suganertal gingen unsere Truppen weiter gegen den Wajobach vor und warfen zwei feindliche Gegenangriffe in der Nähe von Scurele zurück. Längs der übrigen Front Artilleriekämpfe und Tätigkeit unserer Abteilungen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Vicenza, wo ein Militärhospital getroffen wurde, sowie auf Triene, Venedig und Mestre ab. Es wurde wenig Schaden angerichtet. Cadorna.

### Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 12. Juni. (W. Z. V.) Amtlicher Heeresbericht.

An der Front keine Veränderung.

An der Kaukasusfront machten wir im Laufe von örtlichen Kämpfen am rechten und am linken Hügel eine Anzahl von Gefangenen, eroberten eine große Menge von Gewehren sowie Telephonapparate und Schützengrabenmaterial. Das in unserem gestrigen Bericht gemeldete Geschütz, welches mit der Vernichtung von ungefähr tausend russischen Kavalleristen endete, fand bei dem Flusse Zappe, südlich des Ortes Tscheulemred und östlich von der Ortschaft Amadien statt.

Am Vormittag des 10. Juni warfen fünf feindliche Flugzeuge ungefähr 50 Bomben auf Smyrna ab, die einige Männer, Frauen und Kinder töteten sowie einige Häuser zerstörten.

Von den anderen Fronten liegen keine wichtigen Meldungen vor.

### Zurückziehung der russischen Truppen aus Rumänien.

Bukarest, 13. Juni. (W. Z. V.) Meldung der Agence Roumaine. Das offiziöse Blatt „Bitorul“ schreibt: Die Tatsachen haben der von uns ausgeprochenen Meinung recht gegeben. Der Kommandant der jenseits des Pruth stehenden russischen Truppen teilte mit, daß er keine Kenntnis davon gehabt habe, daß eine Abteilung seiner Truppen rumänisches Gebiet betreten habe. Sofort, nachdem er davon benachrichtigt worden war, erklärte er, daß alle nötigen Maßnahmen getroffen worden seien, um den Irrtum gut zu machen und eine Wiederholung auszuschließen. Uebrigens ist nach den letzten hier eingetroffenen Nachrichten Mamornia samt Umgebung von den russischen Truppen wieder geräumt worden.

### Bandentätigkeit an der griechisch-bulgarischen Grenze.

Berlin, 13. Juni. (W. Z. V.) Der Bericht der bulgarischen Obersten Heeresleitung vom 5. Juni 1916 meldet,

daß die Entente an der griechisch-bulgarischen Grenze in den letzten Tagen auch Watrouillen in griechischen oder türkischen Uniformen verwendet habe.

An der Wichtigkeit dieser amtlichen Meldung kann nicht gezweifelt werden, auch wenn der französische Funkpruch aus Lyon vom 9. Juni mitzuteilen weiß, daß die bulgarische Meldung eine Lüge sei, und meint: „Ein solches Vorgehen, das allerdings bei den Deutschen und Bulgaren im Schwange sei, sei bei der französischen Armee nicht üblich.“

Der Zweck, den die Entente mit ihren Verkleidungskünsten erreichen will, ist nur zu durchsichtig: Sie sucht mit allen Mitteln einen ersten Zwischenfall zwischen Bulgarien und Griechenland zu schaffen!

Zu diesem Zweck bildet sie Banden, für die sie in Saloniki unzufriedene Elemente genug findet, und steckt sie in griechische Uniformen. Ihre eigene Soldaten zu verkleiden, wird die Entente sich schwer hüten. Sie würden bei Gefangennahme standrechtlich erschossen werden.

Durch die Verhängung des Belagerungszustandes in Mazedonien hat sich der französische Oberbefehlshaber General Sarrail dieses saubere Geschäft noch erleichtert, denn der griechischen Regierung sind dadurch vollkommen die Hände gebunden. Sie ist nicht mehr in der Lage, dem Bandenwesen zu steuern und den Mißbrauch griechischer Uniformen zu verhindern.

Wäre es nicht gelungen, dieses Treiben der Entente aufzuheben, so wäre es ihr ein leichtes gewesen, Griechenland die Verantwortung hierfür zuzuschreiben. Ernstliche Reibungen zwischen Bulgarien und Griechenland wären die Folge gewesen.

Jetzt wissen die Bulgaren glücklicherweise, wie sie derartige Vorkommnisse zu beurteilen haben!

## Zur Lage in Griechenland.

Paris, 13. Juni. (W. L. V.) Das „Petit Journal“ meldet aus Athen: Der Ministerrat hat unter Vorsitz des Königs endgültig beschlossen, die allgemeine Demobilisierung anzuordnen.

Athen, 8. Juni. (Verspätet eingetroffen.) (Vom Privatkorrespondenten des W. L. V.) Die Lage ist unverändert. Bis heute mittag wurde der griechischen Regierung von der Entente keine Mitteilung über den Zweck, die Ursache und die Ausdehnung der über die griechischen Küsten verhängten Blockade abgegeben. Heute nacht verlas Ministerpräsident Skuludis in der Kammer verschiedene von den griechischen Behörden aus Saloniki eingegangene Depeschen, aus denen hervorging, daß der Kommandant des französischen Geschwaders gestern nacht Befehl erhielt, die Bewegungen der griechischen Handelsflotte zu unterbinden. Größeres Interesse hat folgende Depesche des Hafenkommandanten von Saloniki: Der Präseft teilt mit, daß der französische Befehlshaber ihm mündlich zur Kenntnis gebracht habe, es würde eine Untersuchung sämtlicher Schiffe im Hafen stattfinden, nachdem die Schifffahrt wieder freigegeben sei. Außerdem habe der Präseft auf mündliches Verlangen, sich dieser Maßnahme zu fügen, dies abgelehnt, aber seine Unterstützung zugesagt. Trotz der Unklarheit der Depesche scheint aus ihr hervorzugehen, daß die Blockade nur vorübergehender Art sei, da der französische Befehlshaber derselben noch von Maßnahmen spricht, die nach Freilassung der Schifffahrt getroffen werden würden. Skuludis gab auch dieser Ansicht in der Kammer Ausdruck. Abgeordneter Angelopoulos brachte den Antrag ein, Griechenland solle an sämtliche Staaten, die sich an der Haager Konferenz beteiligt hätten, einen Protest wegen der Blockade richten. Die Botschaft hat am nächsten Morgen vorläufig ihre Arbeit eingestellt. Aus Mazedonien wird gemeldet, daß die Allierten Vorbereitungen treffen, um ihre ersten Linien bei Kilis zu räumen.

## Eine deutsche „Tubantia“-Note.

Berlin, den 14. Juni 1916. (W. L. V.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: Trotz der zweimaligen deutschen amtlichen Feststellung, daß deutsche Seestreitkräfte für die Vernichtung der „Tubantia“ nicht in Frage kommen, wollen die niederländischen Zeitungen die Angelegenheit nicht ruhen lassen. Die Erörterungen haben seit einer kürzlichen in den Blättern erschienenen angeblichen Auslassung des niederländischen Marineministeriums an Heftigkeit zugenommen. In dieser Auslassung war aus den Feststellungen des Deutschen Admiralsstabes nur wiedergegeben, daß die nach niederländischen Angaben in Rettungsbooten der „Tubantia“ gefundenen Metallstücke Teile eines deutschen Torpedos sind und daß dieser Torpedo nicht am 16. März auf die „Tubantia“, sondern am 8. März auf ein britisches Kriegsfahrzeug abgeschossen worden ist, aber sein Ziel verfehlt hat. Dagegen erscheint in der Auslassung die sehr wesentliche Feststellung nicht, daß sich in der Nacht vom 15. zum 16. März, in der die „Tubantia“ unterging, in einem Umkreis von 10 Seemeilen um die Untergangsstelle kein deutsches Unterseeboot oder anderes deutsches Kriegsfahrzeug befunden hat.

Wie wir von zuständiger Stelle hören, ist inzwischen der Niederländischen Regierung als Ergebnis der von deutscher Seite geführten Untersuchung nachstehendes mitgeteilt worden.

### I.

Der Königlich niederländische Freigattkapitän Conters hat dem deutschen Admiralsstab Teile eines Torpedos vorgelegt, die nach seiner Mitteilung in Rettungsbooten der „Tubantia“ gefunden waren; er hat um Untersuchung gebeten, ob diese Teile zu einem deutschen Torpedo gehörten. Hierzu ist folgendes zu bemerken:

1. Einer der vorgelegten Teile trug die eingeschlagene Nummer 2083; die übrigen Teile, darunter ein größeres, augenscheinlich von einem Torpedokopf stammendes Bruchstück, hatten keine Nummer. Die Teile sind von den deutschen technischen Behörden, insbesondere der Marine eingehend geprüft und es ist hierbei festgestellt worden, daß der mit der Nummer 2083 bezeichnete Teil der Hauptkammer des deutschen 45-Zentimeter-Brongze-Torpedos Nr. 2033 ist. Die Identität der übrigen, nicht gezeichneten Torpedoteile ließ sich nur insoweit annähernd feststellen, als daß größere Kesselfragmente möglicherweise einem 45-Zentimeter-Torpedo entstammten.

2. Der deutsche Torpedo Nr. 2033 ist am 6. März 1916 nachmittags 4 Uhr 43 Minuten mitteleuropäischer Zeit etwa 4 Seemeilen nördlich von Rotterdam auf dem deutschen Unterseeboot als Fehlschuß gegen einen britischen Zerstörer mit drei Schornsteinen abgeschossen worden, der mit zwei anderen britischen Zerstörern zusammen fuhr, während sich auch ein britisches Unterseeboot in der Nähe befand. Diese Tatsache wird belegt durch die beigelegte Erklärung des deutschen Admiralsstabes vom 9. d. M. unter I sowie durch die dieser Erklärung angehängten beglaubigten Auszüge aus der Verbrauchsnachweisung des Marinestabes über verschossene Torpedos und dem Kriegstagebuch des Unterseebootes.

3. Der am 6. März 1916 verschossene deutsche Torpedo Nr. 2033 ist von keinem deutschen Unterseeboot oder anderen deutschen Kriegsfahrzeug wieder an Bord genommen worden. Diese von dem Freigattkapitän Conters gewünschte Feststellung ist, wie sich aus der erwähnten Erklärung des Admiralsstabes unter II ergibt, auf Grund der dienstlichen Meldungen der Kommandanten aller in Frage kommenden deutschen Unterseeboote und anderen deutschen Kriegsfahrzeuge getroffen worden.

4. In der Nacht vom 15. zum 16. März 1916, in der die „Tubantia“ unterging, befand sich kein deutsches Unterseeboot oder anderes deutsches Kriegsfahrzeug innerhalb des Seegebietes von 10 Seemeilen um die Untergangsstelle der „Tubantia“, d. h. um den Punkt 51° 48,5' nördlicher Breite und 2° 51,2' östlicher Länge. Diese Tatsache erhellt nach der Erklärung des Deutschen Admiralsstabes unter III, ebenfalls aus den dienstlichen Meldungen aller in Betracht kommenden deutschen Kriegsfahrzeuge.

### II.

Der Freigattkapitän Conters hat die Protokolle über das Ergebnis der Taucheruntersuchung des Tubantiarocks nebst den danach angefertigten Zeichnungen vorgelegt. Aus ihnen sollte in erster Linie festgestellt werden, ob die Sprengwirkung durch einen abgeschossenen oder einen treibenden Torpedo herbeigeführt worden ist.

1. Die hierüber veranlaßten eingehenden Feststellungen, die in dem ferner beigelegten Gutachten des Werstdepartements des Reichsmarineamts vom 9. d. M. niedergelegt sind, haben ergeben, daß der Sprengpunkt in der Schwimmlinie des Schiffes oder wenig darunter gelegen hat. Diese Lage des Sprengpunktes läßt es nach dem Gutachten der technischen Sachverständigen sehr wohl möglich erscheinen, daß das Schiff gegen einen treibenden Torpedo gestossen ist.

2. Daß fehlgegangene Torpedos nicht, wie vorgesehen ist, versinken, kann nach gutachtlicher Mitteilung der deutschen Marinebehörde infolge technischer Verlager vorkommen, so bedauerlich und gefährlich solche Verlager selbst für die eigenen Streitkräfte sind. Derartige Torpedos schwimmen erfahrungsgemäß oft viele Tage umher und pflegen dabei meistens, je nach der Unachtsamkeit der am Kopf und am Schwanzende befindlichen Schwimmlammern, eine mehr oder minder geneigte Stellung im Wasser einzunehmen. Gewöhnlich sammelt sich das Wasser in der hinter dem Kopf des Torpedos befindlichen Schwimmlammer an, mit dem Erfolg, daß der explosionsfähig bleibende Kopf in Schräglage mehrere Meter unter Wasser steht und beim Zusammenstoß mit einem Gegenstand zur Explosion kommen muß.

### III.

Die von den deutschen Behörden durchgeführte Untersuchung hat, wie es der auch von ihnen bedauerte Verlust des kostbaren Schiffes erweist, alle auf deutscher Seite zur Verfügung stehenden Mittel erschöpft. Sie hat zu voller Ueberzeugung der Deutschen Regierung ergeben, daß kein deutsches Kriegsfahrzeug die „Tubantia“ versenkt hat.

Es folgen darauf als Anlagen: Eine Erklärung des deutschen Admiralsstabes und das Gutachten des Werstdepartements im Reichsmarineamt über die Beschädigung der „Tubantia“.

## Vom U-Bootkrieg.

Oslo, 12. Juni. (W. L. V.) Der Kapitän des norwegischen Dampfers „Dure“ erzählt, daß sein Schiff am 9. Juni um 4 Uhr 50 Minuten nachmittags Greenwicher Zeit in 55 Grad 39 Minuten 30 Sekunden nördlicher Breite und 8 Grad 50 Minuten 30 Sekunden östlicher Länge sank. Obwohl er und seine Leute weder ein U-Boot noch auch die Wellenbahn eines Torpedos gesehen hätten, hätten sie doch den Eindruck gehabt, daß der Dampfer nicht auf eine Mine gelaufen, sondern von einem Torpedo getroffen worden sei. Sie hätten um ungefähr 5 1/2 Uhr, als sie sich im Schiffsboot in der Nähe der Unfallstelle befanden, das Verloren eines U-Bootes aufstauen und rasch wieder verschwinden sehen.

Amsterdam, 12. Juni. (W. L. V.) Meldung der Niederländischen Telegraphenagentur. Der Statwyler Logger „Booruit“ hat 15 Mann vom norwegischen Dampfer „Dure“ eingebracht, der sich auf der Fahrt von Lincold befand und torpediert worden oder auf eine Mine gelaufen ist.

Malmö, 12. Juni. (W. L. V.) Meldung des Riksausens Bureaus. Der Dampfer „Emmy“ aus Stockholm ist gestern nachmittags in das Rinenfeld bei Hälserbo geraten und in die Luft gesprengt worden. Ein Mann wurde durch die Explosion getötet, vier andere sind ertrunken. Der Kapitän und die übrigen vier Mann der Besatzung sind in Malmö gelandet.

## Die Wahlleitfähigkeit des republikanischen Nationalkonvents.

New York, 12. Juni. (Durch Funkpruch vom Privatkorrespondenten des W. L. V.) Die vom republikanischen Nationalkonvent in Chicago angenommenen Wahlleitfähigkeit erklären sich für die Wahrung der Rechte der Amerikaner im In- und Ausland, auf Land und See. Dann heißt es weiter: Wir wünschen den Frieden, den Frieden der Gerechtigkeit und des Rechtes und sind für Aufrechterhaltung gerader und ehrlicher Neutralität gegenüber den Kriegführenden in dem großen europäischen Krieg. Wir müssen alle unsere Pflichten erfüllen und auf allen unseren Rechten als Neutrale bestehen, ohne Furcht und ohne Parteilichkeit. Wir sind weiter für eine friedliche Lösung internationaler Streitigkeiten und treten für Errichtung eines internationalen Schiedsgerichts zu diesem Zweck ein. — Die Wahlleitfähigkeit der Fortschrittlichen Partei Roosevelts enthalten im wesentlichen dieselben Gedanken.

## Amerikanische Verstärkungen für die mexikanische Grenze.

Washington, 13. Juni. (W. L. V.) Der Staatssekretär für den Krieg hat mitgeteilt, daß noch etwa einhundert Mann Küstenartillerie und ein Geniebataillon zur Grenzbesetzung nach der mexikanischen Grenze geschickt wurden. Diese Maßregel wurde infolge von Berichten über Ueberfälle auf amerikanische Konsulate in den Staaten von Nordmexiko ergriffen.

## Hughes und die australischen Arbeiter.

Ein regelmäßiger australischer Mitarbeiter schreibt in „New Statesman“ vom 9. Juni aus Melbourne: Die außerordentliche Verehrung, die der australische Ministerpräsident Hughes bei der Tory-Partei und Presse in Großbritannien gefunden hat, ist mit gemischten Gefühlen und großem Erstaunen in Australien aufgenommen worden. Daß Hughes auf die politische Welt Großbritanniens mit seinen rednerischen Leistungen einen starken Eindruck machen werde, war von jedem Australier erwartet worden, der die unwiderstehliche Gewalt der Rede von Hughes und seine machtvolle Taktik als Redner kannte. Aber daß er vom englischen Volk als ein Wirtschaftsführer mit höherer Eingebung und als Redner empfangen wurde, haben seine Kollegen im australischen Ministerium als einen humoristischen Zwischenfall aufgefaßt. Daß er sich zum Spielzeug der Parteikämpfe hergeben würde, wie die Rabattelegramme und Befehle, haben selbst seine bittersten Gegner keinen Augenblick in Betracht gezogen. Hughes ist in Australien immer, je nach dem Standpunkt des Betrachters, hoch oder gering eingeschätzt worden. Wer niemand in Melbourne oder Sidney hat damit gerechnet, daß er seine Teilnahme an der Pariser Konferenz — rund heraus gesagt — erzwingen würde. Öffentlich sagen die Arbeiterführer hier in Australien nichts darüber, aber privatim betonen sie ausdrücklich, daß Hughes keinerlei Auftrag hat, entweder von ihnen, noch vom Bundesparlament, noch vom Bundeskabinett, noch vom Volk, der englischen Regierung oder ihren Bundesgenossen namens Australiens irgendwelche Vorschläge zu machen. Die Arbeiterpresse versucht ihr Bestes, dem Manne treu zu bleiben, dem nach allem, was er gesagt und getan hat, die australische Arbeiterbewegung ungemein verpflichtet ist. Wer es liegt auf der Hand, daß es immer schwerer wird, die überraschenden Vorkommnisse in London, wie sie im

März, April und Mai d. J. sich ereignet haben, aufzufassen. Der „Sidney Worker“ (das führende australische Arbeiterblatt) hat beispielsweise in seiner Ausgabe vom 13. April über die Verbindung von Hughes mit englischen Kapitalisten und Großgrundbesitzern sich geäußert und gesagt, wenn unser Ministerpräsident sich mit diesen Leuten als Privatmann einläßt, so geht ihn das ganz allein an, obwohl es nicht leicht verständlich ist, wie er unter den obwaltenden Umständen als Privatmann auftreten kann. Wir würden vorziehen, wenn er sich um die englische Arbeiterbewegung kümmerte, aber wenn es vollständig hergestellt wird, daß er nach Paris ohne irgendwelchen Auftrag von Australien geht, ohne Australien zu irgend etwas, was dort erledigt wird, zu verpflichten, so wollen wir nicht allzu viel Bemerkungen über andere Beurteilungen, zu denen die Sache einläßt, machen.

Der „Economist“ vom 3. Juni veröffentlicht Auszüge aus dem „Australian Worker“, die ihn von einem Londoner eingeschickt worden sind, mit dem Bemerkten, man sei in England allzu leicht bereit zu glauben, daß Hughes die Meinungen Australiens widergibt, und es sei schwer für einen Engländer, einen Gast zu kritisieren. Um so mehr müsse man auf die australischen Presseäußerungen achten. Der „Australian Worker“ schreibt u. a.: Was will man mit Hughes, was soll mit ihm geschehen? Die australischen Arbeiter geraten nicht in Entzücken, wenn sie lesen, daß ihr Ministerpräsident ein Liebling der Fürsten ist, der Devis der Börse und des Schöffens der gelben Presse. Sie wundern sich nur darüber, was das alles bedeuten soll. Geht Hughes nach Paris, so kann er das lediglich in einer keineswegs amtlichen Eigenschaft. Die England verbündeten Länder mögen die Klugheit, Energie und alle sonstigen guten Eigenschaften genießen, welche die englischen Fürstlichkeiten und fetten Kapitalisten in Entzücken versetzt haben, aber sie dürfen nicht glauben, daß die Anwesenheit von Hughes in Paris Australiens wirtschaftliche Politik irgendwie binden kann. Die Australier sind bereit, Blut und Geld zu opfern, fürchten sich nicht davor, ihre Verschuldung zu vergrößern, nur um dem britischen Reich aus einer Krise zu helfen. Daraus folgt keineswegs, daß Australien bereit ist, etwa allen handelspolitischen Vereinbarungen beizutreten, die den Kapitalisten Frankreichs, Russlands, Englands, Italiens und Japans passen. Wenn Hughes das nicht weiß, so ist es nicht mehr der Hughes, den wir kennen. Unser Land ist eine Demokratie und will keinen politischen „Kaiser“, der seine Zukunft bestimmt und eine Politik einführt, bei der Australien nichts mehr zu sagen hat.

Jetzt sind wir frei, wie die übrigen auf unserer Seite am Krieg beteiligten Staaten frei sind. Weder wir noch sie sind geschlechtlich verpflichtet, einander irgendwie zu helfen, und gerade aus diesem Grunde kann man immer auf unsere Hilfe zählen. Will man aber den beiderseitigen guten Willen noch staatsmännischer Art in geschäftlichen Formen binden, versucht man, ihn aus unserer Dankbarkeit und Gefühlswelt weg in ein Reichsparlament, ein Reichskabinett oder zu einem politischen Oberkommissar zu bringen, so wird man alles zerstreuen statt Erfolg zu haben. Wir wissen nicht, was Hughes im Sinne hat. Wir sind aber ganz sicher, daß die australische Arbeiterbewegung niemals ihre Zustimmung geben wird zu einer festeren Verbindung mit dem Mutterlande, wenn dadurch auch nur der geringste Teil des australischen Selbstbestimmungsrechts der Kontrolle anderer als australischer Hände anvertraut werden soll.

## Kriegsbekanntmachungen.

### Die Geldsendungen an Kriegsgefangene in Frankreich.

Amstich, Berlin, 13. Juni. (W. L. V.) Von Geldsendungen an Kriegs- und zivilgefangene Deutsche in Frankreich werden neuerdings infolge einer Verordnung des französischen Kriegsministeriums 20 Proz. einbehalten und der französischen Staatskasse zugeführt. Die französische Regierung sucht diese willkürliche Maßregel durch den Hinweis darauf zu rechtfertigen, daß in Deutschland die Geldanweisungen an Kriegs- und zivilgefangene Franzosen zum Gold-Parikurs ausgezahlt werden und nicht zu dem für die Empfänger derartiger Geldsendungen vorteilhafteren niedrigeren Kurs, den die deutsche Mark gegenwärtig infolge der Verminderung der deutschen Ausfuhr im neutralen Ausland besitzt. Dieser Standpunkt der zuständigen deutschen Behörden ist richtig an sich unanfechtbar.

Im Interesse der beiderseitigen Kriegs- und Zivilgefangenen wird jedoch beabsichtigt, mit der französischen Regierung unter Hintanziehung des grundsätzlichen Standpunktes ein erträgliches Abkommen über die beiderseitige Behandlung der Geldsendungen an Gefangene zu vereinbaren. Das Abkommen wird rückwirkende Kraft besitzen, so daß die jetzt zurückgehaltenen Beträge nachträglich auch an die Kriegs- und zivilgefangenen Deutschen in Frankreich zur Auszahlung gelangen werden. Für die Angehörigen besteht demnach keine Befürchtung, daß die jetzt zurückgehaltenen 20 Proz. des Empfängers endgültig verloren sein könnten.

### Keine Geheimschrift

### Bei Mitteilungen an Kriegsgefangene in Feindesland!

Der Schriftverkehr der in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten unterliegt in Feindesland einer sorgfältigen Prüfung, auch auf das Vorhandensein unsichtbarer Schrift. Die aus den Briefen Gefangener gelegentlich hervorgehenden Anregungen, dem Antikriegsbrieftausch Mitteilungen in einer bestimmten unsichtbaren Schrift beizufügen, scheinen zuweilen auf listige Veranstaltungen des Feindes zurückzuführen sein. Auf diese Weise versuchen unsere Gegner, die Mitteilungen über Vorgänge und Verhältnisse in Deutschland zu schlüsseln zu benutzen und zu unserem Nachteil zu verwenden, für sie wichtige Nachrichten zu erhalten. Um so mehr ist damit zu rechnen, daß Mitteilungen in geheimer Schrift entdeckt und daß durch ihre Bekanntwerden die Interessen des Reiches gefährdet werden. Der Gefangene selbst wird den schwersten Nachrichten in bezug auf seine Behandlung und seinen Briefverkehr ausgehört sein, sobald er überführt erscheint, unsichtbar geschriebene Nachrichten aus Deutschland heimlich zu begehren. Deshalb muß dringend davor gewarnt werden, bei Mitteilungen an die in der Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen Geheimschrift anzuwenden.

## Letzte Nachrichten.

### Völkerrichtswidriger U-Boot-Angriff auf einen deutschen Dampfer.

Stockholm, 13. Juni. (W. L. V.) „Aftonbladet“ meldet: Der deutsche Dampfer „Hollandia“ wurde heute auf dem Wege nach Lulea innerhalb der schwedischen Hoheitsgewässer von einem russischen oder einem englischen Unterseeboot beschossen. Der letzte Schuß fiel, als der Dampfer nur eine Minute von der schwedischen Küste entfernt war. Die „Hollandia“ wurde jedoch nicht getroffen.

### Beschlagnahme holländischer Post.

Osaka, 13. Juni. (W. L. V.) Die Dampfer „Zuiderdijf“ und „Noordam“ mußten auf der Reise nach Amerika ihre Post in Kirkwall zurücklassen.

### Ein italienisches Flugzeug auf Schweizer Gebiet.

Bern, 13. Juni. (W. L. V.) Heute früh um 9 Uhr überflog ein italienisches Flugzeug bei Chiasso Schweizer Gebiet. Nach Einsehen der Besatzung entfernte sich das Flugzeug in Richtung Varese.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Der Berliner Arbeitsmarkt.

Die Zahl der bei 88 Verbänden der freien Gewerkschaften ermittelten Arbeitslosen ist in der Woche vom 20. Mai bis zum 6. Juni von 2372 auf 2133 d. i. um 239 oder 10,08 Proz. gesunken, zum größeren Teile als Folge der Mehrbeschäftigung von Holzarbeitern, in geringerem Umfange die Wirkung steigender Nachfrage nach Tischlern. Endlich haben auch die zahlreicheren Abmeldungen von Arbeitslosen während der Pfingstwoche Einfluss geübt.

Nach dem Bericht des Verbandes Märktischer Arbeitsnachweise ist die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften, wie aus den Zahlen des Arbeitsnachweises der Berliner Metallindustriellen hervorgeht, in der Metallindustrie gegenüber der Vorwoche etwas zurückgegangen. Die Vermittlungen stiegen in der Berichtswache von 523 auf 581. Die Zahl der offenen Stellen verminderte sich dagegen von 941 auf 726. Hauptfachlich gesucht sind Werkzeugmacher, Schlosser, Dreher, Mechaniker und Klempner. Auch in der Textilindustrie sind männliche Arbeitskräfte nicht genügend vorhanden. Dauernd groß ist der Bedarf an gelernten Möbeltischlern.

Abgesehen von einer geringen Erhöhung der Beschäftigungsmöglichkeit für Frauen in der Papierindustrie ist die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften gering. Dauernd beschränkt ist der Bedarf an Hauspersonal.

## Der Verbandstag der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine.

In seiner gestrigen Sitzung beschäftigte den Verbandstag als erster Gegenstand das Thema: „Die Frauennarbeit in und nach dem Kriege“. Als erster Referent schlug Maschinenbauer Hartmann für die Industrie folgende Resolution vor:

„Unter voller Würdigung der Tatsache, daß der Krieg eine stärkere Heranziehung der Frauennarbeit in fast allen Berufen notwendig gemacht hat, und bei aller Anerkennung der Bereitwilligkeit, mit der weibliche Personen Arbeiten, die eigentlich nicht in ihr Arbeitsgebiet gehören, übernommen haben, vertritt der Verbandstag den Standpunkt, daß mit dem Wiedereintritt geregelter Verhältnisse der übermäßigen Verwendung weiblicher Arbeitskräfte die notwendigen Schranken gesetzt werden müssen.“

Dies soll geschehen, indem schon jetzt damit begonnen wird, an Stelle einer unbegrenzten Arbeitsdauer eine gesetzlich geregelte Arbeitszeit für Arbeiterinnen festzulegen. Der heute bestehende Ausnahmezustand darf nicht zur Regel werden.

Inbesondere erwartet der Verbandstag, daß gemäß der in der letzten Tagung des Reichstags von diesem gefaßten Beschlusse spätestens beim Friedensschluß das Notgesetz vom 4. August 1914, betreffend Ausnahme von Beschäftigungsbeschränkungen gewerblicher Arbeiter, aufgehoben wird und die in diesem Gesetze zeitweilig außer Kraft gesetzten Bestimmungen der Gewerbeordnung wieder in vollem Umfange Geltung erlangen.

Die Fortführung einer zweckdienlichen Sozialpolitik zum Schutze der weiblichen Arbeitskräfte darf auch nach dem Kriege nicht ins Stocken geraten. Das ist notwendig im Interesse einer wirksamen Gesundheitspflege und zur Förderung einer dem vaterländischen Interesse dienenden Bevölkerungspolitik. Dem weiblichen Geschlecht ist wohl Freiheit der Arbeit zu gewähren, doch ist diese Arbeit mit allen Garantien für Gesundheit und Sittlichkeit zu umgeben.

Die Entlohnung der Frauennarbeit ist so zu halten, daß für gleiche Leistung auch derselbe Lohn wie den Männern zu gewähren ist, damit die Frauennarbeit nicht zur lohnrückdrückenden Konkurrenz gegenüber der Männerarbeit wird.

Frau Dr. Gabel sprach über „Die Frau in der Heimarbeit“. Die Rednerin faßte ihre Forderungen in folgender Resolution zusammen:

Infolge des Krieges hat sich das Angebot an Arbeitskräften in der Heimarbeit außerordentlich vermehrt. Die Aussichten auf einen günstigen Beschäftigungsgrad nach Aufheben der großen Heereslieferungen sind aber in Anbetracht der wirtschaftspolitischen Lage sehr unsicher; man wird wohl für die Zeit nach Friedensschluß mit starkem Arbeitsmangel rechnen müssen. Diese Tatsachen lassen eine sehr ungünstige Entwicklung des Gewerbes und erheblichen Lohnrückgang befürchten.

Es müssen daher rechtzeitig, d. h. noch vor Friedensschluß, Maßnahmen getroffen werden, um den Notständen zu begegnen.

1. Die Handarbeiten sind in der endlichen Durchführung des Hausarbeitsgesetzes gegeben, auf die Arbeiterschaft immer noch vergeblich wartet. Namentlich sind so bald wie möglich Hochauschüsse zu schaffen.

2. Für die öffentlichen Lieferungen erstrebt der Verbandstag die rechtsverbindliche Festsetzung von Mindestlöhnen unter Hastbarmachung des unmittelbaren Vertragsgegners des Amtes möglichste Ausschaltung von Zwischenpersonen und Einsetzung paritätischer Schlichtungskommissionen.

3. Die Krankenversicherung ist in vollem Umfange wieder einzuführen. In der Schaffung von Ortsstatuten ist — gewisse Mindestforderungen vorausgesetzt — möglichste Freiheit zu lassen. Sofern die Reichsversicherungsordnung ergänzende Bestimmungen aufstellt, sind sie im Sinne einer möglichsten Gleichstellung der Hausgewerbetreibenden mit den sonstigen Versicherten zu halten.

4. Die Invalidenversicherung ist durch Bundesratsverordnung auf weitere Hausgewerbe auszudehnen.

5. Um der drohenden Arbeitslosigkeit zu steuern, ist eine planmäßige Verteilung der öffentlichen Aufträge, namentlich der Heeresaufträge, unter Mitwirkung der Arbeitgeber und Arbeiter der betreffenden Gewerbebezirke in die Wege zu leiten. Bei der örtlichen Verteilung sind die alten Sätze der Heimarbeit zu bevorzugen. Da die Aufträge den Charakter von Notstandsarbeiten haben, sind sie den Bedürftigen nach Möglichkeit vorzubehalten und in die Zeit besonderer Arbeitslosigkeit zu legen. Empfehlenswert ist die Schaffung gemeinnütziger Rüststätten unter Vermeidung unnötiger Verschwendung.

In der Erörterung verlangten die Redner und Rednerinnen ganz besonders eine Erweiterung der Sozialpolitik. Hr. Silbermann bezeichnete es als notwendig, daß die Frauen volle Gleichberechtigung mit den Männern auch in politischer Beziehung erhalten. Die Frauen müssen in den Parlamenten Sitz und Stimme erhalten.

Staatsarbeiter Eichhorn: Auch in den Staatsbetrieben nehme die Frauennarbeit eine immer größere Ausdehnung an. Es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, daß die Frau ihrem natürlichen Berufe als Gattin und Mutter erhalten werden müsse.

Im Schlußwort bemerkte Hartmann: Es sei dringend notwendig, daß die Redner ihre Klagen auf entsprechendes Material stützen.

Frau Dr. Gabel verlangte eine Verschärfung der Gewerbeinspektion.

Die vorgelegten Resolutionen gelangten darauf einstimmig zur Annahme. — Der Resolution betreffend Heimarbeit wurde noch hinzugefügt:

„Der Verband fordert ferner den weiteren Ausbau des Hausarbeitsgesetzes, insbesondere die Umwandlung der Hochauschüsse in Lohnämter, entsprechend den Forderungen des Heimarbeitertages von 1911.“

In der Nachmittags-sitzung beschäftigte sich der Verbandstag mit der Stellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Gleichauf (Berlin) befürwortete die Schaffung eines Reichsarbeitsrechts, in Verbindung mit genügenden Rechtsgarantien für Staatsarbeiter, denen für den Verzicht auf das Streikrecht andere Möglichkeiten zur Geltendmachung ihrer Wünsche und Beschwerden gegeben werden müssen. Der Antrag gelangt einstimmig zur Annahme. — Bezüglich der Einigungs-einrichtungen wurde auf Antrag von Gleichauf folgende Entschließung angenommen:

„Wenn auch die wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich nach dem Kriege entwickeln werden, noch nicht klar zu übersehen sind, so liegt doch die unmittelbare Gefahr vor, daß sich das Verhältnis zwischen dem Lohnneinkommen und den Kosten der Lebenshaltung der Arbeiter recht ungünstig gestalten kann und daß hierdurch sowie infolge nicht genügenden Entgegenkommens von Seiten der Arbeitgeber große wirtschaftliche Kämpfe ausbrechen. Unsere Volkswirtschaft dürfte aber für die erste Zeit nach dem Kriege nicht in der Lage sein, derartige Kämpfe zu ertragen, wenn die deutsche Industrie und der deutsche Handel auf dem Weltmarkt wieder zur Geltung kommen und die frühere Wettbewerbsfähigkeit behaupten wollen. Der Verbandstag fordert daher mit allem Nachdruck den wirksamen und zweckdienlichen Ausbau aller bestehenden sozialen Einigungs-einrichtungen mit einem Reichseinigungsamt an der Spitze und die Einführung des Verhandlungszwanges, ohne daß eine Einschränkung des Streikrechts erfolgen darf.“

Es folgte die Ernährungsfrage. Gleichauf befürwortete eine einstimmig angenommene Resolution, die folgende Forderungen aufstellte:

1. Eine gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel durch Aufhebung der Grenzsperrn verschiedener Bundesstaaten und Kreise, durch Beschlagnahme größerer Vorräte an einer oder mehreren Stellen und durch zweckentsprechende Zuführung dieser Vorräte an die Verbraucher,

2. daß dem Lebensmittelwucher in jeder Form und an jeder Stelle mit aller Entschiedenheit zu Leibe gegangen wird, und daß die Bestrafungen wegen Lebensmittelwucher in der Art erfolgen, daß sie vor Wiederholungen schützen,

3. die Festsetzung von Höchstpreisen nicht nur unter Wahrung der Produzenteninteressen, sondern insbesondere unter Berücksichtigung einer ausreichenden Ernährungsmöglichkeit der Verbraucher,

4. daß einer ungebührlichen Verteuerung aller nicht unter Höchstpreisen stehenden Artikel durch den sogenannten Kettenhandel wirksam begegnet wird, und

5. eine wirksame Förderung der Produktion von Lebensmitteln.

## Ausland.

### Aufhebung des Auswanderungsverbot für die schweizerischen Metallarbeiter.

Im März dieses Jahres war auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes der Maschinenindustriellen vom Militärdepartement in Bern das Verbot der Auswanderung militärfähiger schweizerischer Metallarbeiter ins Ausland erlassen worden, wegen Mangel an Arbeitern. Der Schweizerische Metallarbeiterverband nahm sofort dagegen Stellung und verlangte vom Bundesrat die Wiederaufhebung dieses reaktionären Beschlusses, die nun erfolgt ist. Immerhin bleibt das Verbot für die in England geborenen Schweizerbürger im Hinblick auf das neue englische Rekrutierungsgesetz aufrechterhalten, womit sich schließlich auch die Arbeiter absinden können.

## Aus der Partei.

### Stellungnahme zu den Parteidifferenzen.

Auf der Kreis-konferenz für den Wahlkreis Merseburg-Duerfurt konnte berichtet werden, daß die Organisation das zweite Kriegsjahr verhältnismäßig gut überstanden hat. 20 der bisherigen 22 Distrikte des Kreises konnten ihre selbständige Tätigkeit fortsetzen. — Die Konferenz nahm als ihre Entschlieung zum Parteifreitag nach einem zweistündigen Vortrag und längerer Aussprache nachstehende Resolution mit 24 gegen 1 Stimme an:

„Die Kreis-konferenz für den Wahlkreis Merseburg-Duerfurt wendet sich entschieden gegen die Haltung der Fraktionsmehrheit usw. Weiter heißt es: Deshalb wird auch die durch das Herandrängen der Minderheit herbeigeführte Spaltung der Fraktion nicht zu einer Zerstörung der Parteieinheit führen. Es muß jedoch nun vom Vorstand der Partei dringend erwartet werden, daß er alles unterläßt, was die Differenzen einseitig verschärfen und so die Parteieinheit schließlich doch gefährden könnte usw.“

Die Konferenz stellte dann für den aus Gesundheitsrücksichten zurückgetretenen Genossen Volender als Kandidaten für die kommende Reichstagswahl den Genossen Koenen-Galle auf.

### Zum Ausschlußverfahren gegen Legien.

Vom Genossen Kosiowski erhalten wir in derselben Sache eine Zuschrift, der wir entnehmen, daß doch der Genosse Legien ihm gegenüber auf dem Juliabende v. J. die Worte gebraucht hat: „Warte man, komme nur in den Reichstag, da werden wir Dir Dein großes Maul schon stopfen.“ Der Einsender behauptet weiter, daß auch die weiteren Wortkommisse auf dem Juliabend sich so abgepielt haben, wie sie vom Kreisvorstand dargestellt wurden.

## Soziales.

### Für Ausdehnung der Unfallversicherungs-pflicht.

Wiederholt haben wir dargelegt, zu welchen Härten die Begrenzung der gegen Unfall zu versichernden Arbeiter führt. Ein Arbeiter, der heute zu den versicherungspflichtigen gehört und demzufolge für einen im Betriebe erlittenen Unfall Entschädigung erhalten würde, ist, wenn er den Betrieb wechselt, unter Umständen als nichtversicherungspflichtig zu erachten, obwohl er selbst die gleichen bisher von ihm geleisteten Arbeiten ausführt. Das trifft auf den Kreis der bei Kleinmeistern, in sogenannten Handwerksbetrieben und auf die in der Hausindustrie beschäftigten Personen zu. Die Notwendigkeit der Ausdehnung des Kreises der versicherungspflichtigen Personen beweist auch der nachstehend geschilderte Fall.

Ein Sanktkaufmann gehört ohne weiteres, sofern er in einem Bau-betriebe arbeitet, zu den versicherten Arbeitern. Ein solcher trat bei einem Professor, der Museumsarbeiten anfertigte, in Beschäftigung. Bei einer Arbeit, die der Professor für einen Richturm ausführte, erlitt er am 27. Februar 1914 einen Unfall. Beim Tragen einer vier bis fünf Zentner schweren Last zog sich eine Zerrung des Rückgrats zu. Die Norddeutsche Bau-gewerkschaft, bei der Ansprüche auf Entschädigung erhoben wurden, lehnte dieselbe ab, da der Unfall nicht bei einer Arbeit im bau-gewerblichen Betriebe geschehen, mithin der Versicherungs-pflicht nach der Reichsversicherungsordnung nicht unterworfen sei. Den gleichen Standpunkt nahm das Ober-ver-sicherung-samt in Groß-Berlin ein. Der dagegen eingelegte Rekurs wurde vom Reichs-versicherung-samt mit folgender Begründung zurückgewiesen:

„Die Annahme der Vorinstanzen, daß der Kläger den Unfall vom 27. Februar 1914 nicht in einem der versicherungspflichtig unterliegenden Betriebe erlitten habe, ist durch die vom Reichs-versicherung-samt noch angestellten Ermittlungen bestätigt worden. Denn der Ober-former G., dem der Kläger gefolgt hat, formt lediglich Gipsabgüsse nach den von den Professoren und Lehrern des Kunstgewerbmuseums, insbesondere von Professor W. hergestellten Tonmodellen. Die Aufstellung der Gipsmodelle erfolgt nicht durch G., oder einen sonstigen Beauftragten des Professors. Nur diese Aufstellung könnte als versicherungspflichtige Bauarbeit angesehen werden, nicht aber die Herstellung der Modelle in Ton und Gips. Schon aus diesem Grunde kann nicht angenommen werden, daß Professor W. einen Gewerbebetrieb, in dem Bauarbeiten ausgeführt werden, unterhält.“

Diese Einengung der versicherungspflichtigen Beschäftigung ist formell zutreffend; sie drängt aber zu einer Aenderung der Reichsversicherungsordnung.

# Berichtszeitung.

## Schiebungen beim Kartoffelhandel.

Wie zuweilen das Publikum bei dem Einkauf von Kartoffeln infolge absichtlich verminderten Gewichts betrogen wird, zeigten zwei Verhandlungen, die gestern die hiesigen Gerichte beschäftigten.

In der ersten Verhandlung, die gegen das Ehepaar Otto und Auguste Pelikan, seines Zeichens Gemüsehändler, vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wegen fortgesetzten Betruges stattfand, spielte eine Dezimalwaage die Hauptrolle. Diese Waage, an einer von den Käufern nicht leicht zu überschendenden Stelle stehend, hatte die fonderbare, für die Angeklagten höchst vorteilhafte, für die Käufer dagegen ebenso nachteilige Eigenschaft, daß sie stets mehr Gewicht anzeigte, als die Ware tatsächlich wog. Ständen angeblich 10 Pfund Kartoffeln darauf, so waren es für gewöhnlich in Wirklichkeit nur etwa 8 Pfund. Schuld an diesem merkwürdigen Verhalten der Waage trug der Umstand, daß der an ihr befindliche sogenannte Regulator, wie die Angeklagten sich ausdrückten, „verrutscht“ war und auf dieser für sie zufällig so einträglichen Stelle stehen blieb, ohne daß es von ihnen bemerkt worden wäre. Schließlich merkte aber ein auf diese Weise Benachteiligter, daß das Gewicht niemals stimmen wollte. Er erstattete Anzeige, worauf ein Polizeibeamter revidierte, den Fehler entdeckte und zunächst dafür sorgte, daß der Regulator an die richtige Stelle „zurück“ kam. Dann erhielt das Ehepaar Pelikan die Anklage. Das Gericht verurteilte die Angeklagten wegen Betruges, und da es in ihrem Verfahren gleichzeitig eine Heberschreitung der Höchstpreise erblidete, auch wegen dieses Vergehens zu je 150 M. Geldstrafe und Einziehung der Waage.

In dem zweiten Falle hatten die Angeklagten, der Fuhrmann Rudolf Grothe und der Kartoffelhändler Karl Suchaczewski eine so eigenartige Methode, eine möglichst große Anzahl Kunden mit Kartoffeln zu versorgen, angewandt, daß sie sich wegen gemeinschaftlichen Betruges vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I verantworten mußten. Ihr Verfahren war an und für sich höchst einfach. Wenn Suchaczewski sich bei einem Kunden, meistens Gastwirten, aufhielt und Kartoffeln verkaufte, nahm der draußen auf dem Kartoffelwagen stehende Grothe aus jedem der abzuladenden Säcke eine mehr oder minder große Menge Kartoffeln heraus und füllte sie in leere, die dann, nachdem sie voll waren, wieder abgesetzt wurden. So wurde das Gewicht „gestreckt“ und die Kundenschaft in weitem Umfange bedient. Als die beiden das gleiche Manöver jedoch dem Gastwirt Erdmann in der Adloner Straße gegenüber verjuchten, bemerkte es ein in Nebenbauge wohnender Schneidermeister und teilte es ihm mit. Beim Nach-wiegen entdeckte der Wirt dann, daß von den angeblich gelieferten drei Zentnern nicht weniger als 48 Pfund fehlten. Er ging daraufhin zu einem dicht neben ihm wohnenden Gastwirt, dem die beiden ebenfalls Kartoffeln geliefert hatten, und veranlaßte eine Nachprüfung des Gewichts, was ein Manko von 10 Pfund an dem verlaufenen Zentner ergab. Das Gericht verurteilte diese beiden zu 5 resp. 3 Monaten Gefängnis.

## Zur Auslegung der Höchstpreisverordnung.

Ueber den örtlichen Wirkungsbereich einer magistratischen Verordnung über Höchstpreise fällt das Kammergericht ein interessantes Erkenntnis.

Wegen Ueberschreitung der Höchstpreise für Butter hatte das Landgericht in Berlin Herrn Leulerdorf, den Prokuristen der bekannten Berliner Butterfirma Gebrüder Gause, zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt. Die Uebertretung wurde darin gefunden, daß auf seine Anordnung eine besondere Lieferungsgebühr von 20 Pf. von den Kunden erhoben wurde, denen die Firma auf Bestellung Butter ins Haus sandte. Vor Festsetzung der Höchstpreise war solchen Kunden keine Lieferungsgebühr berechnet worden. Sie wurde bei Zufundung auch dann nicht mehr erhoben, als die Polizei vor der Erhebung der Lieferungsgebühr gewarnt hatte. Das Landgericht erblidete in der Erhebung einer besonderen Lieferungsgebühr eine Ueberschreitung der Höchstpreise. In dem Falle, der der Verurteilung zugrunde gelegt wurde, handelte es sich um die Zufundung von Butter an einen Kunden in dem Vororte Lichterfelde. Der Angeklagte legte Revision ein. Sein Vertreter machte eine Reihe von Gründen dafür geltend, daß die Höchstpreisfestsetzung die Erhebung einer Lieferungsgebühr bei Lieferung ins Haus nicht ausschließe.

Das Kammergericht hob die Vorentscheidung nebst den tatsächlichen Feststellungen auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Die angesogene Verordnung des Berliner Magistrats setze ausdrücklich die Höchstpreise für den Butter-einhandel in Berlin fest. Unter diesen Höchstpreis fielen also nur die Handelsgeschäfte, die sich als Orts-verkehr darstellten. Der im vorliegenden Urteil nur erwähnte Fall, wo die Lieferung nach Lichterfelde erfolgte, könne nicht auf Grund der Berliner Verordnung abgeurteilt werden, da Berlin nicht der Erfüllungsort gewesen sei. Darum könne das Urteil nicht bestehen bleiben, weil nicht ersichtlich sei, ob in Berlin seitens der Firma derartige Geschäfte abgeschlossen seien und weil andererseits auch nicht feststehe, ob in Lichterfelde eine Höchstpreisfestsetzung, die in Betracht kommen könnte, bestände. Das Landgericht müsse sich somit nochmal mit der Sache beschäftigen. Bei dieser Sachlage erübrige es sich, schon jetzt auf die Einwände der Revision einzugehen.

## Unbefugtes Waffentragen.

Wie aus rein formaler Auslegung ganz sonderbare Folgen entstehen, die dem natürlichen Rechtsgefühl durchaus widersprechen, zeigt nachstehender, jetzt vom Kammergericht entschiedener Fall.

Wegen unbefugten Waffentragens war ein Händler aus Harpen auf Grund einer Bekanntmachung des kommandierenden Generals in Münster und des Belagerungsgesetzes zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt worden. Er hatte eine Pistole des im Felde gefallenen Bruders, die mit den Sachen zurückgeschickt worden war, bei sich, als er auf dem Amtsgericht einen Termin wahrnehmen wollte. Im Gerichtskorridor zeigte er die Waffe einem Schutzmann, der auf seinen Wunsch feststellte, daß sie nicht geladen sei. Vor seinem Erscheinen auf dem Amtsgericht war Sch. bei einem Waffenhändler mit der Pistole, um sie unterzuchen zu lassen, hatte den Mann aber nicht getroffen. Die Strafkammer in Bochum führte zur Begründung ihres Urteils aus: Wenn Angeklagter die Waffe nur von einem Ort zum anderen gebracht hätte, zum Beispiel von Hause zum Waffenhändler, dann würde kein Waffentragen im Sinne der Verordnung vorliegen. Es sei aber hier als festzustellen anzunehmen, daß Angeklagter die Pistole nicht bloß deshalb bei sich hatte, sondern daß er sie als Waffe bei sich führte. Das sei ein Waffentragen im Sinne der Verordnung, wozu er eines Erlaubnis-scheines bedürftig hätte.

Das Kammergericht verwarf im Hinblick auf die Feststellung, daß Sch. die Pistole in ihrer Eigenschaft als Waffe bei sich führte, die Revision. Ein Waffentragen sei hier ohne Rechtsirrtum festzustellen. Im Hinblick auf jene Feststellung könne es dahingestellt bleiben, ob zum Begriff des Waffentragens durchaus erforderlich wäre, daß der Träger der Waffe sie bei sich führe, um sie nötigenfalls als Waffe zu gebrauchen oder ob es schon unter das Waffentragen falle, wenn jemand eine Waffe von einer Stelle zu einer anderen bringe.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Gelte weiler, jedoch abendwärts bewölkt mit wiederholten Regenschauern bei wenig veränderten Temperaturen; frühweiche Gewitter.

### Milliardensegen und Arbeiterkämpfe in Amerika.

Die Hochkonjunktur in der Industrie der Vereinigten Staaten hat namentlich den stöckenden Geschäftsgang der Eisenindustrie zum Aufblühen gebracht und den Inhabern der Stahlruestaktien hohe Dividenden in den Schoß geschüttelt. Während der Auftragsbestand der United States Steel Corporation Ende Juli 1914 4,03 Millionen Tonnen betrug, stieg er Ende Dezember 1915 auf 7,8 Millionen und im Januar 1916 hatte der Stahlruest 7,93 Millionen Tonnen unerledigte Aufträge. Entsprechend stiegen auch die Einnahmen des Stahlruests, und zwar von 558,4 Millionen Dollar im Jahre 1914 auf 726,7 Millionen im Jahre 1915. Noch glänzender gehen die Geschäfte der Bethlehem Steel Corporation (Inhaber Andreas Carnegie), deren Aktien infolge der großen Kriegslieferungen eine enorme Steigerung erfahren haben. Der Jahresabschluss dieser Gesellschaft, die 1914 eine Brutto-Einnahme von 47,5 Millionen Dollar aufwies, verzeichnet für 1915 eine Netto-Einnahme von 2,8 und einen Reingewinn von 2,48 Millionen und die Stammaktien erhalten pro 1915 eine Dividende von 30 Prozent!

Der glänzende Geschäftsgang in der Stahlindustrie hat das Selbstbewußtsein der Unternehmer außerordentlich gesteigert. Die Ausweise der großen Stahlwerke verzeichneten zwar eine gewisse Erhöhung der Löhne der Arbeiter und Angestellten: die Stahlmagnaten weisen den Arbeitern „großmütig“ einen Bruchteil ihrer Millionengewinne zu — dafür aber verlangen sie von ihren Untergebenen die Preisgabe jeder eigenen Initiative und die Anerkennung des von ihnen proklamierten „Klassenfriedens“. So erklärte noch kürzlich der Vorsitzende der United States Steel Corporation, Gary, auf einem Unternehmerbankett, die amerikanische Industrie brauche jetzt nur zwei Dinge zu ihrer weiteren Beute: einmal, daß die Regierung die Kapitalisten zufrieden ließe und ihnen keine Schwierigkeiten in den Weg lege, und zweitens, daß die Arbeiter den Klassenkampf aufgaben, der „in unserem großen und geeigneten Lande überhaupt nicht am Platze sei“.

Die Ereignisse, die sich bald darauf in den Werken des Stahlruests abspielten, zeigten zwar, daß die Regierung den Wünschen der Unternehmer durchaus Rechnung trug, daß aber die Arbeiter nicht daran dachten, sich mit den geringen Zugeständnissen der Direktoren abzugeben zu lassen und den „Klassenkampf“ preiszugeben. Am 20. April traten 9000 Arbeiter der „Westinghaus u. Electric Comp.“ mit der Forderung des Achtstundentages in den Ausstand. Am 27. April streikten in Pittsburg bereits 120 000 Arbeiter in 30 großen Betrieben: 30 000 bei Westinghaus, 66 000 in anderen großen Metallwerken und 24 000 in den Pittsburger Kohlengruben.

Die Unternehmer erkannten sofort die große Gefahr des Pittsburger Ausstandes, der durch die Parole des Achtstundentages eine starke Anziehungskraft für die Arbeiterschaft und einen festen inneren Halt gewann. Der in Pittsburg eingetroffene Vertreter des Internationalen Maschinenverbandes James Anderson erklärte, daß die Maschinenisten der Vereinigten Staaten zum 1. Mai eine gemeinsame Aktion zur Durchsetzung des Achtstundentages vorbereiteten. Das erhöhte noch die Besorgnisse der Unternehmerkreise. Während die bürgerliche Presse die öffentliche Meinung im Sinne ihrer kapitalistischen Auftraggeber und Herren bearbeitete, stellte sich die Justiz völlig in den Dienst der Unternehmer. Hunderte von namelosen Verhaftungsbefehlen wurden ausgestellt, um jeden beliebigen Arbeiter sofort ins Gefängnis sperren zu können. Gleich bei Beginn des Ausstandes wurde einer seiner Führer J. Merrick verhaftet. Das beliebte Mittel der Anwerbung von Berufsbanditen zur Einschüchterung der Streikenden wurde auch hier angewandt, und die Folge war eine Reihe von Zusammenstößen zwischen den Streikenden und den Streikbrechern, die den Behörden Anlaß zum ersehenen Einschreiten der bewaffneten Macht bot. Am 2. Mai gab die Polizei auf die friedlich manifestierende Arbeitermenge eine Salve ab, durch die drei Arbeiter getötet und 50 verwundet wurden. Der Pittsburger Bezirk wurde darauf sofort in Kriegsstatus erklärt, Truppen wurden aufgeschoben und die Führer des Ausstandes — am 3. und 4. Mai etwa 50 Personen — ins Gefängnis geschleppt.

Als Anstoß für das rigorose Vorgehen der Unternehmer diente u. a. der Mißerfolg der zum 1. Mai angekündigten

Aktion der Maschinenisten, die nach einer eintägigen Demonstration für den Achtstundentag zum größten Teil wieder die Arbeit aufnahmen. Trotz dieses Fehlschlages verloren die Ausständigen in Pittsburg den Mut nicht. Am 5. Mai lehnte die ungeheure Mehrheit der Arbeiter den Antrag der Direktion der „Westinghaus Comp.“ ab, 5 Personen aus der von der Direktion vorgefertigten Liste von 200 Arbeitern zur Führung der Unterhandlungen zu wählen. Darauf wurde am 6. Mai das gesamte Streikkomitee verhaftet. Der Ausstand nahm nach diesem Gewaltstreik noch an Umfang und Stärke zu. Gegen Mitte Mai war nicht nur kein Abflauen des Streiks zu verzeichnen, sondern man erwartete noch den Eintritt von etwa 20 000 Arbeitern der Werke von Carnegie in Homestead in den Streik. Wie sich die Dinge weiter entwickelt haben, darüber fehlen vorläufig noch die Nachrichten.

### Die Reichsbekleidungsstelle.

Die Bekanntmachung über die Regelung des Verkehrs mit Web-, Wirt- und Strickwaren für die bürgerliche Bevölkerung vom 10. Juni 1916 bezieht hauptsächlich die gleichmäßige Verteilung und den sparsamen Verbrauch der vorhandenen Bestände, damit bei einer noch so langen Dauer des Krieges kein Mangel eintritt und auch noch Vorräte vorhanden sind, wenn nach Friedensschluß durch Rückkehr von Kriegern in die bürgerlichen Berufe ein starker Bedarf einsetzt. Neben der Fürsorge für die Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung im allgemeinen soll die durch die Verordnung geschaffene Reichsbekleidungsstelle Web-, Wirt- und Strickwaren für die Behörden, die öffentlichen und privaten Krankenanstalten und ähnliche Anstalten bereitstellen, die Stoffe für die notwendigen Uniformen der bürgerlichen Beamten besorgen und die Herstellung und den Vertrieb von Ersatzstoffen fördern.

Die Reichsbekleidungsstelle setzt sich aus einer Verwaltungs- und Geschäftsabteilung zusammen. Die Verwaltungsabteilung ist eine Behörde, die dem Reichszentralamt (Reichsamt des Innern) unterstellt ist. Sie besteht aus einem Vorstand und einem Beirat. Während dem Vorstande unter der Leitung seines Vorsitzenden Geheimrat Oberbürgermeister a. D. Dr. Beuller die Ausführung aller der Reichsbekleidungsstelle überwiesenen behördlichen Geschäfte obliegt, hat der Beirat eine beratende und beratende Aufgabe: er soll insbesondere über die Durchführung der den Verbrauch einschränkenden Maßnahmen gehört werden.

Als Geschäftsabteilung wird der Reichsbekleidungsstelle die Kriegswirtschafts-Aktiengesellschaft eingegliedert werden, die sich hauptsächlich mit Web-, Wirt- und Strickwaren und deren Erzeugnissen befaßt, also auf diesem Gebiet schon eingearbeitet ist und ausreichende Erfahrungen besitzt.

Die Geschäftsabteilung hat die Aufgabe, der deutschen Bevölkerung zur notwendigen Bekleidung möglichst viel Web-, Wirt- und Strickwaren zu beschaffen.

Die der Verwaltungsabteilung obliegende Verbrauchsregelung erfolgt nicht auf der Grundlage einer Beschlagnahme der in Deutschland vorhandenen Bestände. Man hat von einer solchen tief einschneidenden Maßnahme Abstand genommen, vielmehr dem legitimen Handel möglichst viel Freiheit gelassen und nur dort eingegriffen, wo dies durch Streckung der Vorräte und zur Verhinderung preissteigernder Spekulationen nötig erscheint. Dies Ziel soll vorläufig erreicht werden durch eine Beschränkung des Absatzes im Kleinhandel bis 1. August 1916 (Sonntags) und nach diesem Zeitpunkt dauernd durch Aufhebung der Bezugsfreiheit und Erlaubnis der Abgabe im Kleinvertrieb lediglich gegen Bezugschein. Um den sogenannten Kettenhandel zu verhindern und den Verbrauch einzuschränken, ist angeordnet, daß Fabrikanten und Großhändler nur an solche Abnehmer Ware liefern dürfen, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, ferner daß die gewerbmäßige Herstellung von Bekleidungsstücken nur dann vorgenommen werden darf, wenn der Gewerbetreibende von seinem Kunden einen festen Auftrag schriftlich erhalten hat, in dem Stückzahl und Preis für jeden Gegenstand angegeben sind.

Zur Sicherung der Vorräte hat jeder Gewerbetreibende, der Kleinhandel mit den von der Verordnung ergriffenen Waren betreibt, unverzüglich eine Inventur über die in seinem Besitze befindlichen Waren aufzunehmen. Hierbei sind die derzeitigen Kleinhandelsverkaufspreise unter Zugrundelegung der Preise einzusetzen, die dem in der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei Verläufen von Web-, Wirt- und Strickwaren vom 30. März 1916 vorgeschriebenen Preisen entsprechen. Vor Abschluß der Inventur dürfen die Waren nicht veräußert werden. Nach Abschluß der Inventur dürfen von jeder Art der aufgenommenen Waren bis 1. August 1916 höchstens 20 Proz. nach den in der Inventur eingetragenen Preisen berechnet, veräußert werden. Vom 1. August 1916 ab dürfen Gewerbetreibende im Kleinhandel und in der Maßschneiderei die von der Verordnung ergriffenen Waren nur gegen Bezugschein an die Verbraucher veräußern. Diese Bezugscheine sollen nur im Bedarfsfalle und auf Antrag erteilt werden. Der Antragsteller muß die Notwendigkeit der An-

schaffung auf Verlangen datur. Unnötige Belästigungen der Antragsteller werden nach den von der Reichsbekleidungsstelle aufzustellenden Grundsätzen vermieden werden. Die Bezugscheine werden von einer durch die Landeszentralbehörden zu bestimmenden Behörde des Wohnortes des Antragstellers ausgestellt: wer auf Reisen geht, muß im Bedarfsfalle vor seiner Abreise sich den Bezugschein beschaffen. Die Bezugscheine sind freizügig, d. h. sie berechtigen im ganzen Deutschen Reich zum Einkauf der darauf bezeichneten Bekleidungsstücke oder sonstigen Waren. Dadurch wird es ermöglicht, daß jeder Gewerbetreibende seine Kunden behält, insbesondere auch die Landbevölkerung wie bisher in den benachbarten Städten einkaufen kann.

Auf Grund der ihm durch die Verordnung erteilten Vollmacht hat der Reichszentraler ein Verzeichnis derjenigen Gegenstände erlassen, auf welche die Vorschriften der Bekanntmachung, abgesehen von einigen Ausnahmen, keine Anwendung finden (Freiliste). Insbesondere fällt für die in der Freiliste enthaltenen Waren der Inventurzwang fort. Für sie ist ein Bezugschein nicht erforderlich. Ihr Verkauf unterliegt nicht der Beschränkung auf 20 v. H. während der Uebergangszeit. Wohl aber finden die Vorschriften, wonach Großhändler nur an solche Abnehmer Ware liefern dürfen, mit denen sie bereits vor dem 1. Mai 1916 in dauernder Geschäftsverbindung gestanden haben, die Vorschriften über die von der Reichsbekleidungsstelle zustehenden Kontrollbefugnisse Anwendung.

Die Freiliste, deren eingehende Durchsicht für jeden Gewerbetreibenden notwendig ist, enthält u. a. Stoffe aus Seide und Halbseide sowie gewisse Waren daraus, Bänder, Kordeln, Schürzenel, Hosenträger, Strumpfbänder, Spitzen, Besatzstücken, Tapissereien, Mägen, Hüte, Schleier, Schirme, Teppiche, Bettüberdecken, farbige Tischdecken, abgepaßte Gardinen und Vorhänge, Tüllgardinen, gewisse wollene Damen- und Mäntelstoffe, gewisse baumwollene Kleider- und Schürzenstoffe, gewisse Herrenstoffe, Pelze, Säuglingswäsche, Taschentücher, Korsetts und Korsettschoner, gemusterte weiße Tischzeuge, Kragen, Manschetten, Kravatten u. a. m. Vielfach sind Stoffe und Waren freigegeben, deren Preis eine bestimmte Grenze überschreitet, wie z. B. fertige Rockanzüge für Herren über 75 M., Damenmäntel über 60 M. Kleinhandelspreis. Eine künstliche Erhöhung billiger Waren oder über diese Preisgrenze ist unzulässig, weil nach der am 1. April 1916 in Kraft getretenen Bundesratsverordnung über die Preisbeschränkungen Web-, Wirt- und Strickwaren zu ihrem höheren Preis verkauft werden dürfen als dem, den der Verkäufer bei Gegenständen und Verläufen gleicher oder ähnlicher Art innerhalb der Kriegszeit vor dem 1. Februar 1916 zuletzt nachweislich erzielt oder als Verkaufspreis festgesetzt hat. Fehlt es an einem solchen Preise oder sind die Herstellungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenem Gewinn höher als dieser Preis, so sind die Herstellungskosten zuzüglich Unkosten und angemessenem Gewinn maßgebend. Jeder Käufer, welcher glaubt, überverteilt zu sein, kann binnen zwei Wochen nach Abschluß des Kaufes Feststellung des Preises durch ein Schiedsgericht beantragen.

Der Reichsbekleidungsstelle und den zur Ueberwachung der Vorschriften betrauten Personen sind umfangreiche Befugnisse zur Kontrollierung der Durchführung der Verordnung gegeben. Sie können u. a. Warenlager besichtigen, Auskünfte einholen und Geschäftsaufzeichnungen einsehen. Die zuständige Behörde kann Betriebe schließen, deren Leiter sich in Verfolgung der Pflichten, die ihnen durch die Verordnung auferlegt sind, unzuverlässig zeigen.

Zwischenhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung sind mit Gefängnis oder Geldstrafen bedroht.

### Politische Uebersicht.

#### „Die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei“.

Nach dem Vannstrahl des Defans der philosophischen Fakultät der Universität München gegen Professor Dr. F. W. Förster, den Sohn des berühmten Berliner Astronomen und Mitbegründers der Gesellschaft für ethische Kultur, hat das Kultusministerium die Anordnung erlassen, daß Professor Förster seine Vorlesungen an der Münchener Universität einzustellen habe.

Zu der Angelegenheit selbst, die die Fakultät zu ihrem aufsehenerregenden Vorgehen veranlaßt hat, veröffentlicht Prof. Förster in der „Vossischen Zeitung“ folgende Erklärung:

Es ist unwar, daß ich irgendwo und irgendwann ein Flugblatt zur Verhöhnung der deutschen Stämme verfaßt oder verbreitet habe. Ich habe auch keinerlei Verwarnung von irgendeiner Seite erhalten. Wohl ist auf Grund eines Zeitungartikels gegen mich eine kleine Gruppe von Demonstranten in meinen Pörsaal gekommen, aber sofort wieder hinausgegangen, als mein 100 Köpfe starkes Auditorium sich wie ein Mann durch minutenlanges Weisklatschen dagegen erhob. Ich gebe meiner Entrüstung über eine derartige Verächtlichmachung Ausdruck und protestiere dagegen, daß man aus meinen vor Grund aus deutschgehimten Aufsätzen einzelne Sätze herausreißt,

### Das erste Kriegsjahr in Italien.

In einer von der italienischen Briefensur arg verstümmelten Zuschrift entwirft unser römischer Korrespondent folgendes Bild von den Zuständen in Italien nach einjähriger Kriegsdauer:

In diesem Schicksalfinden mit dem Gedanken an einen langen Krieg liegt es schon eingeschlossen, daß Handel und Geschäftsleben die Aufregung und Unsicherheit der ersten Kriegswochen völlig überwinden haben. Von allen Schichten in Italien haben offenbar die mittleren und kleinen Geschäftsleute am wenigsten an den Krieg geglaubt, sind am meisten von ihm überrascht worden. Daher stellte sich sehr früh, zum Teil schon nach wenigen Kriegsmoenten, Mangel an Produkten ein, die aus Deutschland und Oesterreich kamen, was namentlich bei Rosamentierwaren und Küchengeräten sehr empfindlich fühlbar war. Siederessensabdeln, Druckknöpfe, Rahnadeln, Aluminiumartikel usw. fehlten eine Zeitlang fast völlig. Heute ist alles zu bekommen, wenn auch oft zu fast verdoppeltem Preise. Was früher aus Deutschland oder Oesterreich kam, kommt heute aus England oder Amerika: es kostet mehr, aber es ist zu beschaffen. In andern Dingen, so namentlich in der Herstellung von Arzneimitteln, hat die Landesproduktion eingegriffen und hat einer ausphantastische grenzenlose Preissteigerung Einhalt geboten. Auf diesem Gebiet waren die ersten Kriegswochen schlimmer als die jetzige Zeit. Dem Handel ist eben nichts so verhängnisvoll als jene unvorhersehbare Umschläge und allgemeine Unsicherheit. Heute ist man in ein relatives Dauerstadium getreten. Auch die seelische Ausnahmestellung der Konsumenten, die anfangs in Kriegszeiten dies und das nicht anschaffen, auf alles mögliche verzichteten wollten, ist heute die Dauer des Krieges überwunden worden. Dem Bewußtsein der großen Massen ist heute der Krieg weniger fühlbar, als in den ersten Monaten. Die einen nennen das Gewöhnlichkeit, die anderen Gleichgültigkeit, aber es läuft immer auf materielle und seelische Eingewöhnung in die neue Lage hinaus. Die Verteuerung der Lebensmittel ist nicht derart, daß sie diese Eingewöhnung fördern könnte. Hier war man schon in der

Zeit der Neutralität auf eine ziemlich schwere Probe gestellt worden. Verteuert sind seitdem eigentlich nur Leigwaren, Butter und Del, Fleisch und Wein. Dagegen sind Brot, Gemüse, Eier, Fisch nicht im Preise gestiegen. Die Preissteigerung der Steinkohle empfindet der Konsument nicht direkt, so schwer sie auch die Industrie empfindet: sie hat dieser Tage zu einem Preisausschlag des Eisenbahnverkehrs geführt. Jeder Haushalt, auch der kleinste, wird dagegen durch die Seifenpreise getroffen, die sich im Laufe des letzten Jahres mehr als verdoppelt haben, so daß für gewöhnliche Wascheife bis 1,20 Lire pro Kilo bezahlt wird. Bei der Einschätzung der Nahrungsmittelpreise in Italien muß man immer im Auge haben, daß die Mehrheit der Bevölkerung viel geringere Ansprüche stellt, als in Mitteleuropa, namentlich was den Verbrauch an Fleisch, Fett und Zucker betrifft. Das diesjährige Klima macht eine viel größere Anspruchslosigkeit mit Gesundheit und Leistungsfähigkeit verbinderbar. Außerdem ist im Sommer der Obstreichtum für die Volksnahrung sehr wertvoll, und hier scheint keine Teuerung zu befürchten; eher ein Sinken der Preise ist zu erwarten, da die Ausfuhr verboten ist. Es gehört zu den Eigenlichkeiten dieses Krieges, daß ein Land das andere immer darstellt, als ob das Volk vor Hunger revoltierte: der unparteiische Beobachter kann in Italien von einer Krise der Nahrungsmittelbeschaffung nichts bemerken. Ob die Schicht derer, für die hier ein tägliches und unläsbares Problem liegt, sich in den Kriegsjahren verbreitert hat, wage ich dem bloßen Eindruck nach nicht zu unterscheiden. In den großen Städten scheint es, dank der ausgiebigen Arbeitslosigkeit und der Kriegshilfe, kaum der Fall zu sein. Dagegen klagen die allezeit auf öffentliche Hilfe angewiesenen Personen heute, daß fast alle öffentlichen oder privaten Unterstufungen für sie spärlicher stehen. Empfindlicher als die Arbeiterschaft scheint der kleine Mittelstand getroffen, der keine Elastizität des Einkommens hat, keine Kriegszugabe bezieht und vielfach durch die Abwesenheit der erwerbenden Männer an den Rand der Not gelangt. Billiger sind in Rom nur die Mieten geworden, schätzungsweise um 15 Proz. größere Wohnungen um 20 Proz. Eine Erscheinung, die sich wohl daraus erklärt, daß diese Frauen in Abwesenheit des Mannes ihren eigenen Haushalt aufgeben und mit der Familie ihrer Eltern

zusammenleben. Da die Lautstärke völlig daniederliegt — eine große Baugesellschaft, die „Edilizia Sociale“, hat für sechs Jahre alle Bauten eingestellt — wird die Verbilligung der Wohnungen nicht lange dauern. Die große Verteuerung der Baumaterialien, namentlich des Eisens und Holzes, entnimmt, im Verein mit der Erhöhung der Arbeitslöhne, jede Baulust.

Ist das Strahlenbild Roms durch den Krieg wesentlich umgestaltet worden? Man muß schon auf Einzelheiten eingehen, um eine Aenderung zu gewahren. Daß weniger Männer in der Stadt sind, fällt nicht ins Auge, wohl aber die zahlreichen Uniformen. Man sieht viel mehr Militär als im Frieden. Viel mehr Frauen an den Fenstern, viel mehr Trisoloten in den Auslagen, wohl auch mehr in Trauer gekleidete Frauen und Kinder im Publikum. Aufstellen können auch die vielen Kraftwagen der Militärbehörde, die an allen Ecken und Enden improvisierten Werkstätten, von denen die zugeschnittenen Kleidungsstücke für die Truppen zum Nähen ausgehen werden — lange Jüge von Frauen warten davor, die Ware abholen oder liefern —, die Autos des Roten Kreuzes, die Verwundete befördern. Auf den Trams tan Frauen und junge Mädchen Schaffnerdienste, in den Banken sieht man, was früher nie vorkam, weibliches Personal, in den Schaufenstern sind österreichische Stanaten, Geschossteile usw. ausgestellt, viele Artikel sind selbstgekauft und für den Kriegsgebrauch zugeschnitten (das einzig bunte daran sind die Preise). Was man an verwundeten Soldaten sieht, ist nicht so zahlreich, daß es den Gesamteindruck beeinflussen könnte. Ueberhaupt muß man sich die durch den Krieg bedingten Veränderungen auf lauter Kennzeichen zusammenlesen. Dierher gehört auch die Verwendung von Lastochsen in der Stadt, wo man sie an Stelle der requirierten Pferde gebraucht sieht, was sich bei den mächtigen langgehörnten Tieren sehr malerisch ausnimmt; hierher gehört ferner die sorgfältige Ausmerzung der Worte „Man spricht deutsch“ an den Schaufenstern, das gelegentliche Auftauchen fremder Uniformen, vorwiegend englischer und französischer, auf den Straßen. Aber aus der Maske dieser kleinen Zeichen setzt sich kein wesentlich umgestaltetes Rom zusammen, kein Widerspruch der tragischen Wirklichkeit, die sich auf dem Markt und in Südtirol abspielt. Der Alltag setzt sich und seine Forderungen durch. (2)

um dadurch eine ernste Untersuchung über deutsche Weidewirtschaft zu denunzieren und unschädlich zu machen. Hochachtungsvoll Professor Dr. W. Förster.

Wir erinnern daran, daß der Mannstrahl gegen Professor Förster erfolgt ist, weil er in der Januarnummer der Züricher „Friedenswarte“, der von Dr. Alfred S. Fried herausgegebenen Zeitschrift, in einem Artikel über Bismarck, das Deutsche Reich und seine Aufgaben angeblich Ansichten geäußert und Wendungen gebraucht habe, die nach Ansicht der Fakultät, „jeden Deutschen mit Entrüstung erfüllen müssen“. Ob das der Fall wäre, wenn der inkriminierte Artikel der deutschen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden würde, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls steht aber fest, daß die Maßregelung Professor Försters dem Ansehen Deutschlands im neutralen Ausland viel mehr schadet, als dies selbst einige nicht vorschriftsmäßige Äußerungen in dem Artikel Prof. Försters tun könnten.

### Die „Alldeutschen“ zur Budgetablehnung.

Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die die Kriegskredite und den Etat ablehnten, haben sich schwere Vorwürfe der bürgerlichen Parteien und der Regierung gefallen lassen müssen. Um so interessanter ist es, daß jetzt ein auf der äußersten Rechten stehendes Organ, die „Alldeutschen Blätter“, das Recht der Budgetablehnung verteidigen. In seiner Zensurrede hatte bekanntlich Genosse Dittmann aufgefordert, der Kritik an der Zensur durch die Ablehnung der Kredite und des Etats größeren Nachdruck zu verleihen; Ministerialdirektor Letzold hatte darauf diese Forderung als eine Taktik der „Expression“ zurückgewiesen. Die „Alldeutschen Blätter“ schreiben nun dazu:

„Es kann in diesem Zusammenhange völlig dahingestellt bleiben, daß der Dittmannsche Antrag angeht die Kriegslage des Reiches sachlich unhaltbar ist; wohl aber wird man die eine Tatsache nicht verkennen dürfen, daß das einzige von der Verfassung vorgeordnete Druckmittel des Reichstages auf die Regierung in seinem Sagen. Budgetrecht, d. h. in seiner Freiheit gegeben ist, den von der Regierung vorgelegten und seiner Genehmigung unterstehenden Haushaltsplan entweder in der Gesamtheit oder aber für einzelne Posten, z. B. für das Gehalt des Reichsfanzlers usw. abzulehnen, und daß deshalb die von Herrn Ministerialdirektor Letzold gebrauchte und angeht die Kriegslage vielleicht verständliche Wendung in dieser Allgemeinheit des Ausdruckes nicht haltbar ist. Wir glauben daher, daß der Reichstag gut daran tut, gegen eine solche mißverständliche Auslegung seiner verfassungsmäßigen Rechte grundsätzlichen Einspruch zu erheben, damit kein für die Zukunft vielleicht peinlicher Präzedenzfall geschaffen wird. Schließlich könnte sich nach Friedensschluß doch einmal der Fall ereignen, daß von nicht-sozialdemokratischer Seite die politische Notwendigkeit empfunden wird, den Gesamthaushalt oder einen einzelnen Haushaltsposten (Gehalt des Reichsfanzlers oder eines Staatssekretärs) abzulehnen, und wir meinen, daß um einer solchen Möglichkeit willen die bürgerlichen Parteien schon heute ein lebhaftes Interesse daran haben, eintretendenfalls vor der Öffentlichkeit nicht auch als „Expreser“ bezeichnet zu werden.“

### Bethmanns Zuversicht.

Aus Anlaß der Reichstagsrede des Kanzlers am 5. Juni hat der Syndikus des Verbandes Kölner Großfirmen ein Glückwunschtelegramm an Bethmann Hollweg geschickt. Dieser antwortete: „Aufrichtigen Dank für Ihr freundliches Telegramm. Meine Zuversicht wird nicht täuschen.“ v. Bethmann Hollweg.“

### Ein konservatives Urteil über die Sozialdemokratie.

Die konservative „Eibinger Zeitung“ schreibt zur Wahl des Genossen Peter in den Eibinger Stadtrat: „Das Gerede vor den Sozialdemokraten kennen wir heute nicht mehr. Der erste sozialdemokratische Stadtverordnete entsagte bei einem Teil der Bürgerschaft ein gewisses Unbehagen, das mehr und mehr schwand, als die Zahl der Arbeiterstadtvorordneten größer wurde und man von ihrer Tätigkeit Kenntnis nahm. Heute zählt die Eibinger Stadtvorordnetenversammlung fünfzehn sozialdemokratische Stadtverordnete, von denen vier im Felde stehen. Die industrielle Arbeiterschaft in Eibing ist so bedeutend, daß man es ihr nicht verargen kann, wenn sie Einfluss auf die städtische Verwaltung erstrebt. Und die Stadtwahlverwaltung selbst erleidet davon keinen Schaden. Kann es doch nicht ausbleiben, daß vermehrtes Vertrauen in jene Kreise getragen wird, die bisher im Magistrat nicht vertreten waren.“

### Unnötiger Spartzwang.

Eine scharfe Abfuhr holten sich die Befürworter des Sparzwanges der Jugendlichen im Nürnberger Magistrat; eine Abfuhr, die um so mehr Beachtung verdient, als sie sich nicht auf sehr eingehende amtliche Erhebungen über jene Verhältnisse, die angeblich den Sparzwang so dringend notwendig machen sollen. Die Erhebungen erstreckten sich auf die Höhe des Lohnes, seine Abgabe an die Eltern und auf die Familienabhängigkeit der erwerbenden Jugend. Von 6000 Schülern lagen Berichte vor, über die der Schulkat Weich referierte. In der Höhe des Lohnes wurden große Verschiedenheiten festgestellt; bei den gelernten Arbeitern zeigte sie sich oft erstaunlich niedrig, bei den ungelerten schwankten die Löhne zwischen 2 und 64 M. wöchentlich; deutlich zeigte sich als Folge davon eine starke Abwanderung der Jugendlichen in die ungelerten Berufe. Die Untersuchungen über die Verwendung des Lohnes ergaben, daß von nahezu allen jungen Leuten der Lohn an die Eltern und Erziehungsberechtigten abgeliefert wurde. Bei 2000 Erhebungen wurden nur fünf Fälle festgestellt, bei denen ein behördliches Eingreifen hätte nötig erscheinen können. Der Schulkat wie der Oberbürgermeister Dr. Gehler sahen das Ergebnis der Nachprüfungen dahin zusammen, daß alle verallgemeinernden Auffassungen über die Verlotterung unserer Jugend falsch und ungerecht wären, daß im Gegenteil der Bericht „ein glänzendes Zeugnis für den Geist unserer Jugend“ darstelle. Der Sparzwang der Jugend sei stark entwickelt, die jungen Arbeiter setzten ihren Stolz darin, zum wirtschaftlichen Durchhalten der Familien beizutragen, und keinerlei Notwendigkeit bestünde, durch polizeiliche Maßnahmen das zwingende festzusetzen, was die Jugend bereits freiwillig gerne leistet.

Die Verhältnisse liegen sicherlich nicht bloß in Nürnberg so; es ist nicht einzusehen, weshalb die Jugendlichen an anderen Orten so viel verschwendungsfüchtiger und verlotterter sein sollten. Man bedenkt nicht, daß behördliche Bevormundung unter solchen Umständen ganz andere als die erwünschten Wirkungen haben kann. Und allen Gegenvorstellungen zum Trotz bleibt man dabei, eine unnötige, als schändlich empfundene Maßnahme aufrecht zu erhalten.

### Die Teuerung und die Gefängnisinsassen.

Um einer Verschlechterung der Gefängnisloste in der Kriegszeit vorzubeugen oder da, wo sie schon eingetreten ist, eine Besserung herbeizuführen, hat sich die sozialdemokratische Landtagsfraktion Wadens an das Badische Justizministerium mit dem Ersuchen gewandt, eine Erhöhung der Verpflegungssätze um mindestens 10 Pf. pro Kopf und Tag für Gefangene in Gefängnissen ohne Regelleist vorzunehmen. Das Gesuch wird die Badische Regierung schwerlich als unbegründet bezeichnen und deshalb auch nicht ablehnen können.

### Volkstimmung in der Schweiz.

In Basel fand eine zweifache Volksabstimmung statt, in der die Aufhebung der einzelnen Wahlkreise in der Stadt beschlossen wurde. Da die Proportionalwahl für den Großen Rat besteht, um dessen Wahl es sich dabei handelt, so bedeutet der Beschluß einen Fortschritt, denn im größeren Wahlkreis äußert der Proporz erst recht seine Vorzüge gegenüber den kleinen Wahlkreisen und dem Mehrheitsystem. Gleichzeitig wurde auf Verlangen der reaktionären „Bürgerpartei“ über die Reduktion der Mitgliederzahl des Großen Rates von 180 auf 100 abgestimmt. Nach der ersten Stimmzählung war das Verlangen mit 8577 gegen 8812 Stimmen angenommen. Eine zweite Stimmzählung ergab aber die Verwerfung des Verlangens mit 8883 gegen 3881 Stimmen.

### Zwei Millionen „Vertragschweine“.

In einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Münster teilte Dekonomierat Dr. Verlach mit, daß in Berlin die Absicht bestehe, bei gutem Ausfall der diesjährigen Ernte von dem überflüssigen Getreide rund 2 Millionen Vertragschweine heranzuzüchten zu lassen. Aus diesem Grunde empfahl er sich, jetzt soviel wie möglich zu erhalten. — Es würde sich hier also wohl um die Wiederholung des Experiments handeln, das in kleinerem Maße im Anfang dieses Jahres durchgeführt wurde und bei dem 500 000 Schweine in Betracht kamen, die in den Monaten März—April—Mai abgeliefert worden sind. Die Landwirte, die die Fütterung übernommen hatten, bekamen für jedes Schwein 5 Zentner Schrot zu ermäßigtem Preise zugewiesen. Die Landwirtschaft hat auch dabei ein gutes Geschäft gemacht, zumal da bei der Bezahlung die als Abnehmer hauptsächlich in Betracht gekommenen Industriegemeinden sich zu recht drückenden Bedingungen verstehen mußten.

### Kriegshaushaltungs-Rechnung

einer zehnköpfigen Privatangehörigen-Familie im 20. Kriegsmonat April 1916.

Schon in Friedenszeiten, bei normalen Preisen der Lebensmittel und Bedarfsartikel, war es kinderreichen Familien mit einem Einkommen unter 3000 M. trotz aller Sparsamkeit nicht möglich, allen Anforderungen in bezug auf Ernährung, Kleidung und Erziehung der Kinder gerecht zu werden.

Während des Krieges sind diejenigen Lebensmittel von der Teuerung am stärksten betroffen worden, die von den minderbemittelten und großen Familien am meisten gebraucht werden. Die genaue Prüfung nachstehender Aufstellung der Art und der Menge der verbrauchten Lebensmittel und Bedarfsartikel zeigt nur Genüge, wie diese zurzeit herrschende Teuerung, die bei den meisten Lebensmitteln bis zu 100 Proz., ja bei mehreren Artikeln sogar bis zu 200 Proz. Aufschläge gegenüber normalen Zeiten bringt, die Lebenshaltung kinderreicher Familien ungünstig beeinflusst, und welche große Entbehrungen ertragen werden müssen.

Zur besseren Beurteilung der Verhältnisse sei erwähnt, daß die in Betracht kommende Familie aus Mann, Frau und acht Kindern besteht, von welchen drei 14—16, vier 7—12 und das jüngste 3 Jahre alt sind.

Die schon seit Monaten andauernde Teuerung hat alle früher ersparten Notgroßen nebst den laufenden Einnahmen verfrachten. Es mußte deshalb für den Monat April jeder Ausgabenposten mit besonderer Sorgfalt geprüft und alles versucht werden, um mit den zur Verfügung stehenden Einnahmen aus Verdiensten auszukommen. Es wurde derart verfahren, daß zunächst die unausschießbaren Ausgaben, wie Miete, laufende Verpflichtungen und unbedingt notwendigen Aufwendungen zusammengestellt, der hierzu erforderliche Barbetrag reserviert wurde. Mit dem noch verbleibenden Rest sollten die notwendigen Lebensmittel beschafft werden.

Die Ausgabenposten sind auf Grund täglicher gewissenhafter Notierungen aller Einkäufe und Zahlungen zusammengestellt. Die unter A erscheinenden Ausgaben umfassen alle gemachten Aufwendungen und Zahlungen ohne Lebensmittel, während die unter B erscheinenden Posten die Ausgaben aller verbrauchten Lebensmittel darstellen.

#### 1. Ausgaben (April 1916)

A. Ausgaben für Bedarfsartikel und sonstige Leistungen.	
1. Wohnungsmiete	37,50 M.
2. Heizung und Beleuchtung	13,25 "
3. Vereinsbeiträge	14,05 "
4. Versicherungsbeiträge	14,10 "
5. Steuer und Umlagen	4,— "
6. Kleidung u. Wäsche	19,80 "
7. Material für Schuhwerk (Reparaturen)	10,40 "
8. Werkzeuganschaffung	5,— "
9. Wäsche und Putzmittel	5,97 "
10. Haus- und Küchengeräte	2,50 "
11. Skularartikel	5,20 "
12. Rasieren und Haarschneiden	1,20 "
13. Zeitungen und Zeitschriften	2,60 "
14. Geschenke und Geldpost	3,80 "
15. Sonntagsgeld für drei Personen	7,— "
Summa 146,87 M.	

#### B. Ausgaben für den Lebensmittelverbrauch.

Bezeichnung der Artikel	Gesamtverbrauch		pro Tag		Verbrauch pro Tag u. Kopf
	Menge	M.	Menge	Pf.	
Brot	147 Pfd.	29,40	4,9 Pfd.	98	9,8
Wehl u. Feigwaren	21 "	9,88	0,7 "	33	3,3
Kartoffeln	463 "	32,90	15,4 "	110	11,0
Butter und Fett	10,5 "	20,90	0,35 "	70	7,0
Fleisch u. Wurstwaren	—	4,40	—	15	1,5
Milch	63 Etr.	15,20	2 Etr.	51	5,1
Eier	115 Stk.	15,88	4 Stk.	52	5,2
Gemüse	76 Pfd.	12,88	2,5 Pfd.	48	4,8
Käse	7 "	7,48	0,25 "	25	2,5
Geringe	3 Stk.	—	—	3	0,3
Kaffee (Malz)	—	7,98	—	27	2,7
Zucker	35 Pfd.	10,52	1,15 "	35	3,5
Zwiebel u. Gewürze	—	6,05	—	20	2,0
Getränke, Bier, Limon.	—	3,66	—	12	1,2
Summa		177,69	—	592	59,2

#### 2. Einnahmen.

Monatsgehalt des Mannes	230,— M.
Verdienst des ältesten Sohnes	60,— "
Verdienst des zweiten Sohnes (Lehrling)	18,50 "
Summa 308,50 M.	
Bilanz.	
Gesamteinnahmen	308,50 M.
Gesamtausgaben: 1. unter A 146,87 M.	
2. unter B 177,80	824,08
Somit ein Defizit 15,58 M.	

Es ergibt sich, daß von den gesamten Einnahmen 57,6 Proz. für Beschaffung der Lebensmittel und 43,4 Proz. für sonstige Aufwendungen und Verpflichtungen verausgabt wurden, das vorhandene Defizit ist dabei außer Acht gelassen.

Wie ersichtlich, ist trotz der denkbar größten Einschränkungen und Entbehrungen eine Mehrausgabe von 15,58 M. zu verzeichnen, die nicht gedeckt werden konnte, da Reserven nicht mehr vorhanden, so mit Schulden für Monat Mai.

Einige Worte zu den einzelnen Ausgabenposten erscheinen notwendig.

Die Wohnung, deren Miete per Monat 37,50 M. beträgt und 12,2 Proz. des gesamten Einkommens oder 16,8 Proz. des Verdienstes des Mannes verschlingt, besteht aus drei Zimmern und Küche und ist für eine 10köpfige Familie viel zu klein. Die Aufwendungen für Kleider, Wäsche beziehen sich nur auf Reinigung und Ausbesserung, bei Schuhwerk nur auf Material, da die Arbeiten vom Vater gemacht werden. Neuanschaffungen können schon seit Kriegsbeginn nicht mehr gemacht werden. Das verausgabte Sonntagsgeld erhalten die zwei ältesten Jungen für sechs Feiertage; es ist von ihnen für Lebensmittel ausgegeben worden.

Die Aufstellung ergibt eine Lebensmittelausgabe von 177 M. 60 Pf., so daß durchschnittlich auf jeden Tag 5 M. 92 Pf. entfallen und auf den Kopf der Familie pro Tag 59,2 Pf. Daraus kann man sich annähernd ein Bild machen, wie mager und unzureichend die einzelnen Mahlzeiten ausfallen müssen. Der Betrag von 59 Pf. reicht nicht einmal zu einem anständigen Mittagessen für eine Person.

Die Hauptnahrung mußte leider die Kartoffel stellen. Der große Verbrauch von 4 Zentner 63 Pfund — pro Tag durchschnittlich 15 1/2 Pfund sagt sehr viel. Die hierzu erforderliche Ausgabe von 33 M. beträgt ein Fünftel aller Aufwendungen für Lebensmittel. Der Verbrauch von Brot und Wehl ist durch die Marken bestimmt und macht sich die Zuweisung der so geringen Mengen sehr schwer fühlbar und bedingt den großen Kartoffelverbrauch.

Auf den Genuß von Fleisch und Wurstwaren mußte vollständig verzichtet werden. Der hierfür ausgegebene Betrag bezieht sich lediglich nur auf Suppennochen und sonstige Suppenbelegungen. Es sei bemerkt, daß es sich um keine Vegetarierfamilie handelt, sondern das monatelange Fehlen des Fleisches täglich schwerer empfunden wird, aber dennoch Fleisch nicht gekauft werden kann, weil die Mittel selbst für Gemüse und Kartoffeln viel zu knapp sind.

Einige Bemerkungen zu den einzelnen Mahlzeiten.

Morgens Kaffee und ein Stückchen trockenes Brot. Für vormittags und Nachmittag-Besuch erhält jede Person je ein weiteres Stückchen Brot, und damit ist der Brotvorrat für den Tag aufgebraucht. Mittagessen: Kartoffeln und Gemüse, oder geröstete Kartoffeln mit Kaffee, oder Suppe und Kartoffeln. Abends: Kartoffelbrei oder Kartoffeln mit etwas Limburger Käse, oder Heringe und Kartoffeln, oder Kartoffeln und rote Rüben, einigemal Kartoffeln und jede Person ein gekochtes Ei.

Auf Brotbelag jeglicher Art mußte vollständig verzichtet werden. Auch konnte selbst den schwer arbeitenden Jungen zum Besper nichts als ein Stückchen trockenes Brot verabreicht werden. Es ist wirklich keine Kleinigkeit für eine Hausfrau, mit so bescheidenen Mengen Nahrungsmitteln die Mahlzeiten derart zu gestalten, daß der Hunger gestillt werden kann. Trotz aller Bemühungen fielen öfters die Mahlzeiten so knapp aus, daß die Eltern halb satt vom Tische gingen, um den größeren Jungen mehr Rechnung tragen zu können.

Daß eine derartige Lebensweise, besonders für die älteren in der Entwicklung begriffenen täglich streng arbeitenden Jungen, bei langer Andauer, die größte Gefahr für deren Gesundheit bedeutet, ist den Eltern vollbewußt, bereitet ihnen schweren Jammer und Sorgen.

Auf Vergnügen, Wirtschaftsbetrieb, Tabakgenuß u. dergl. wird schon seit Kriegsbeginn verzichtet. Die Zukunft bietet keine Aussicht auf Besserung der Verhältnisse. Ja, es besteht die Gewißheit, daß sich die Zustände noch verschlimmern. Die Erzielung von Nebenverdienst ist trotz aller Mühe ohne Erfolg gewesen. Neuanschaffungen von Kleider und Wäsche ist in den nächsten Monaten nicht mehr zu umgehen, wozu größere Beträge notwendig sind.

Die eingetretene Erhöhung der Kartoffelpreise pro Zentner von 4 auf 7 M., zurzeit 7,25 M., erforderten eine monatliche Mehrausgabe von 14 M. So bewirkt jede weitere Steigerung der Lebensmittelpreise eine weitere größere Einschränkung und Entbehrung.

Teuerungszulagen, welche seit Monaten von einzelnen Arbeitgebern gewährt werden, kommen bis jetzt dieser Familie nicht zugute.

Es ist bemerkenswert, daß in letzter Zeit in der Öffentlichkeit verschiedene Maßnahmen erwähnt wurden, um den so gefährlichen Geburtenrückgang zu bekämpfen. Man hat dabei aber mit keinem Wort erwähnt, daß gerade diejenigen Eltern, welche zu der so überaus hochgeschätzten Volksvermehrung ihr zehliches Teil beigetragen haben, mit ihren Kindern unter der Kriegsteuerung am allerhöchsten zu leiden haben.

Es kann für die Volkswirtschaft nicht gleichgültig sein, wenn Hunderttausende der heranwachsenden Jugend infolge Unterernährung ihre Kraft und Gesundheit verlieren und später der Allgemeinheit zur Last fallen. Mehr wie je wird die nächste Zeit einer Generation mit gesundem Geist und Körper bedürfen, um den ihrer harrenden Aufgaben gerecht werden zu können.

Es ist denkbar, daß bei manchem Leser Zweifel über die Richtigkeit dieser Aufstellungen und Schilderungen entstehen, in der Annahme, daß bei einem monatlichen Einkommen von 308,50 M., was einem Jahreseinkommen von 3702 M. entspricht, selbst bei derart großen Familien solche Entbehrungen und so mißliche Verhältnisse nicht obwalten können.

Diesen Zweifeln ist bringen zu empfehlen, bei ähnlich großen Familien mit gleichem Einkommen Erkundigungen einzuziehen oder, was sicher möglich ist, einmal selbst mit ihren Familien nur acht Tage lang nicht mehr an Lebensmitteln pro Tag zu verzehren, als man zurzeit für 59 Pf. pro Kopf der Familie kaufen kann. Das Resultat solcher Untersuchungen und der eigenen Versuche wird sicher bestätigen, daß die Schilderungen vollständig frei von jeder Entstellung, frei von jeder Übertreibung gehalten sind.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 10. Heft vom 2. Band des 34. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Demokratie. Von Ed. Bernheim. — Der Wusthandel der Vereinigten Staaten 1914/15. Von Otto — Orjudentfrage, Platonismus und Grenzschutz. Von L. Rosenmann. — Bedeutet die Einheitswährung eine Gleichheit? Von Hugo Jacobi. — Literarische Rundschau: Deutsche Literatur. Von E. Weinberg. Dr. Demmer, Kriegsinvalidenvereinspräsident. Von H. Rejner. Leopold v. Hofe, Gedanken über Menschlichkeit. Von G. Rottler. Dr. Fritz Wender, Das moderne Sozialsystem. Dr. Hans Sagner, Die treibenden Kräfte der schweizerischen Handelspolitik. Von Sp. Ungewöhnliche Kapitel aus der Geologie. Von Gg. Engelbert Graf. — Anzeigen: Adolf Braun, Gewerkschaften. — Notizen: Die Studiengesellschaft für soziale Folgen des Krieges. Von R. Kautsch. — Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist uns soeben Nr. 19 des 26. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die neuen Steuern. — Bevölkerungprobleme. Von Hans Jellingner. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F. — Kolonial: Für den Frieden. — Frauenarbeit. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Frauenstimmrecht. — Soziale Fürsorge. — Die Frau in öffentlichen Ämtern. — Von „Wahren Jacob“ ist soeben die 12. Nummer des 33. Jahrganges erschienen. — Langens Markblätter. Band 12: Der Himmel der Enttäuschten. Romane von B. Frank. — Band 13: Das Aquarium. Romane von D. Gulbranson. — Bayerische Wanderschaft. Von D. Bayer. 2 M., geb. 3,50 M. — A. Langen, München. — Meine Erlebnisse in Deutsch-Schwabach 1913—1916. Tagebuchblätter von D. B. Kaufmann. 1 M. — A. Schergens, Bonn. — Fleumtums Kriegskarte. Nr. 21: Italienisch, österreichischer Kriegsschauplatz. Nord- und Mittelitalien. Nr. 22: Subitalien und die Adriatischen. Einzelkarte 1 M. — G. Flemming, Berlin W 50.

## Aus Groß-Berlin.

### Steuereinzahlung in der Kriegszeit.

Die Steuerverwaltung der Stadt Berlin kann aus dem Steuerjahr 1914/15 in ihrem jetzt vorliegenden Verwaltungsbericht nicht viel Gutes melden. „Der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen“, so heißt der Bericht an, „haben naturgemäß auch im Geschäftsbereich der Steuerdeputation einen ungünstigen Einfluß ausgeübt.“ Schwierigkeiten entstanden aus der Heeresdienstpflicht vieler Beamten, die durch ungeliebte Hilfskräfte ersetzt werden mußten. Noch unerfreulicher aber war, daß „unter den Einwirkungen des Krieges“ das Steuereinzahlungsergebnis ganz ungewöhnlich weit hinter den veranschlagten Betrag zurückblieb. Nach § 70 des Einkommensteuergesetzes wurden viele Staatseinkommensteuerbeträge der zum Heeresdienst eingezogenen Steuerpflichtigen in Abgang gestellt. Die entsprechenden Gemeindeeinkommensteuerbeträge konnten zwar bestimmungsgemäß nicht in Abgang gestellt werden, aber die Einziehung war, wie der Bericht sagt, „in den meisten Fällen infolge Fortfalls der Einkommensquelle nicht möglich.“ Auch die Einziehung der Grundsteuer, die sonst immer ziemlich glatt ging, gestaltete sich diesmal schwierig. Den Hausgeheimnissen mußten Stundungen und Teilzahlungen in weitestgehendem Maße über den Jahreslauf hinaus bewilligt werden. Die Gewerbe- und die Betriebssteuer brachten beträchtliche Mindereinnahmen, weil „viele gewerbliche Betriebe teils eingeschränkt, teils eingestellt wurden.“ Ebenso litten die Bier- und die Lustbarkeitssteuer, die Hundesteuer, die Umsoffeuer und so weiter. Die Summen aller durch die Steuerklasse der Stadt einzuziehenden Gemeinde-, Staats-, Reichs- und Kirchensteuern stellten sich diesmal auf 189 Millionen Mark, gegenüber 170 1/2 Millionen im Vorjahr, die Einziehung ergab aber diesmal nur 140 1/2 Millionen Mark, gegenüber 188 Millionen im Vorjahr. Das Einziehungsergebnis sank auf nur 86,53 Proz. der Sollsumme, während es im Vorjahr noch 89,83 Proz. betragen hatte. Die nicht eingezogenen Beträge mußten entweder wegen Nichtverpflichtung abgehen oder wegen Unbetreiblichkeit ausfallen oder fürs nächste Jahr in Rest bleiben.

Aus den verschiedenen Steuerarten wollen wir nur die Einkommensteuern herausgreifen. Sie sind mit Sollsummen von diesmal 50 1/2 Millionen für die Gemeinde und 59 1/2 Millionen für den Staat die weitaus bedeutendsten Steuern, so daß schon deshalb hauptsächlich sie zu dem Rückgang des Gesamtergebnisses beitragen mußten. Aber auch im Verhältnis zu der Sollsumme ist diesmal hier das Ergebnis besonders schlecht ausgefallen. Eingezogen wurden bei der Gemeindeeinkommensteuer knapp 42 1/2 Millionen, gleich 84,19 Proz., bei der Staatseinkommensteuer knapp 50 1/2 Millionen, gleich 85,76 Proz. Bei der Staatseinkommensteuer bringt der Bericht, wie alljährlich, die Unterscheidung in Einkommen bis 3000 M. und Einkommen über 3000 M. Wir sehen da, daß in 1914/15 bei den Einkommen bis 3000 M. das Einziehungsergebnis nur 68,49 Proz. betrug, gegenüber 72,55 Proz. im vorhergehenden Jahr. Bei den Einkommen über 3000 M. ist keine nennenswerte Veränderung des Ergebnisses zu bemerken: im letzten Jahre belief es sich auf 83,11 Proz., gegenüber 83,81 Proz. im vorletzten. Die nicht eingezogenen Beträge setzen sich zusammen im letzten (bzw. vorletzten) Jahre bei den Einkommen bis 3000 M. auf 21,73 (12,65) Proz. Abgang wegen Nichtverpflichtung, 12,26 (11,19) Proz. Ausfall wegen Unbetreiblichkeit, 7,52 (3,61) Proz. Rest, bei den Einkommen über 3000 M. auf 3,54 (3,87) Proz. Abgang wegen Nichtverpflichtung, und 0,84 (0,38) Proz. Ausfall wegen Unbetreiblichkeit, 3,01 (2,44) Proz. Rest. (Der Steuerdeputationsbericht enthält Fehler; wir haben die richtigen Anteilsziffern eingesetzt.) Die bei den Einkommen bis 3000 M. bemerkbar starke Minderung des Abganges wegen Nichtverpflichtung erklärt sich aus der schon erwähnten Vergünstigung für die Kriegsteilnehmer bezüglich der Staatseinkommensteuer. Den Einfluß des Krieges auf die wirtschaftliche Lage der Steuerpflichtigen beleuchtet die Minderung der als unbetreiblich ausgefallenen Beträge und der in Rest gebliebenen. Der dabei hervortretende Unterschied zwischen den kleineren und den größeren Einkommen bedarf keiner Erläuterung.

### Ein Jahr Geburtenrückgang.

Das Ergebnis des außerordentlichen Geburtenrückganges, der mit Mai 1915 einsetzte, läßt sich jetzt für die ersten zwölf Monate übersehen und zusammenstellen. In Berlin wurden für den zwölfmonatigen Zeitraum von Anfang Mai 1915 bis Ende April 1916 nach den bei den Standesämtern eingegangenen Meldungen, die durch etwaige Nachträge aus den letzten Monaten vielleicht noch um einige Duzend vermehrt werden könnten, nur 27 891 Geburten (einschließlich 1139 Totgeburten) gemeldet. Da für die Zeit von Anfang Mai 1914 bis Ende April 1915 noch 88 587 Geburten (einschließlich 1406) Totgeburten gemeldet worden waren, so hat der außerordentliche Geburtenrückgang für Berlin im ersten Jahr ein Weniger von 10 696 Geburten gebracht. Dieser aus 1915/16 sich ergebende Ausfall an Geburten bedeutet gegenüber den Geburten aus 1914/15 einen Rückgang um etwa 28 Prozent. Zerlegt man den zwölfmonatigen Zeitraum 1915/16 in zwei Hälften, so hat gegenüber dem Vorjahr die erste Hälfte eine geringere, die zweite Hälfte eine stärkere Rückgangsziffer. Die Geburtenzahl war in 1914/15 für Mai bis Oktober 19 384, für November bis April 19 203, in 1915/16 für Mai bis Oktober 14 785, für November bis April 13 106. Von 1914/15 zu 1915/16 verminderte sich die Geburtenzahl für die erste Jahreshälfte um 4599, etwa 24 Proz., für die zweite Jahreshälfte um 6097, etwa 32 Proz.

### Engherzig.

In der letzten Nummer des „Grundbesitzer“ lesen wir folgende Darstellung eines Unterstufungsbeschlusses einer Kriegserfrau:

„Von dem Mitgliede eines Bundesvereins geht uns mit der Bitte um Aufnahme die nachstehende Mitteilung zu: In meinem Hause L. Straße habe ich bei 42 Mietern etwa 20 Kriegsteilnehmer, überdies noch einen notleidenden Laden (Restaurations), den ich für die Hälfte der vertragmäßig ausbedungenen Miete dem Mieter notgedrungen belassen mußte. Eine Kriegsteilnehmer-Ehefrau soll vertragmäßig 24,50 M. Miete zahlen. Sie hat zwei Kinder und erhält von der Arbeitsstelle ihres Ehemannes (Siemens u. Halske) 8 Mark wöchentliche Unterstützung neben der Kriegsunterstützung. Sie hat mich gegenüber schriftlich verpflichtet, daß sie, wenn sie eine Mietbewilligung erhält, den Rest der Miete pünktlich an mich zahlen will und keinen Mietnachschuß von mir verlangt. Diese Verpflichtung habe ich dem Bezirksvorsteher persönlich übergeben. Dessenmangelachtet erhielt die Mieterin einliegendes Schreiben, wonach ich Mietnachschuß gewähren soll, wenn die Mieterin 5 Mark monatliche Mietbeihilfe erhalten will. Also bei 5 Mark monatlicher Mietbeihilfe sucht die Stadt noch einen Mietnachschuß zu erzwingen, obwohl sich die Mieterin mir gegenüber verpflichtet hat, den Rest der Miete voll an mich zu zahlen, und keinen Mietnachschuß von mir beansprucht. Ich möchte das Ansuchen um Mietnachschuß in diesem Falle ablehnen! Was meinen Sie dazu?“

Das in obiger Mitteilung erwähnte Schreiben lautet: „Es ist Ihnen (der Mieterin) eine monatliche Mietbeihilfe von 5 M. ab Mai bewilligt, sobald Herr E. (der Vermieter) Nachschuß bewilligt; ohne diesen ist auch unsererseits die Mietunterstützung abgelehnt.“

Kriegsunterstützungsbureau der Steuerklasse XIII A  
N. 65, Schulstraße 29.

Dazu bemerkt das „Grundbesitzer“:  
„Der Einsender fragt: „Was sagen Sie dazu?“ Wir sagen besser gar nichts, denn das was wir sagen möchten und sollten, das könnte uns eine Privatbeleidigungsklage eintragen. Aber wir empfehlen Ihnen, sich an die von dem Magistrat und den Stadtverordneten eingesetzte Beschwerdestelle für Familienunterstützungen im Rathaus zu wenden. Dort wird man vermutlich anderer Meinung sein als in der Schulstraße.“

Wir betrachten den vorliegenden Fall nicht von dem Gesichtspunkte des Mietnachschusses, müssen vielmehr die außerordentlich geringe Mietunterstützung von 5 M. bemängeln. Es liegt nicht der geringste Anlaß vor, der Kriegserfrau die paar Mark wöchentliche Unterstützung des Arbeitgebers anzurechnen und ihr die Mietbeihilfe auf 5 M. zu kürzen, zumal von der Unterstützung allein eine Frau — bei der heutigen Teuerung — überhaupt nicht leben kann. Dann der verlangte Mietnachschuß bei 5 M. Mietbeihilfe. Diese Verbindung ist im vorliegenden Falle eine doppelte Härte, dem Hauswirt wie auch der Kriegserfrau gegenüber. Die beste Lösung ist schon die, der Kriegserfrau die ihr zustehenden 12,50 M. Mietbeihilfe zu gewähren, dann kann sie den Hauswirt befriedigen und ist mit ihrer Miete auf dem laufenden.

### Zur Massenpeisung.

Gestern fand im Berliner Rathaus unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Vermuth eine weitere Sitzung des Wirtschaftsausschusses für die Volksspeisung statt, in welcher über die Verteilung der einzelnen Kochstellen auf das ganze Stadtgebiet und die Beschaffung und Einrichtung der dazu erforderlichen Räumlichkeiten im einzelnen beraten wurde. Auch wurde der Bedarf an Lebensmitteln festgestellt, der nötig ist, um die Speisung nachhaltig zu betreiben.

### Tea, Tafel- und Tischbutter.

Uns wird geschrieben: „In den Berliner Zeitungen, auch im „Vorwärts“, war am Sonntag ein Gerichtsbericht über Tea, Tafel- und Tischbutter zu lesen. In dem dort abgegebenen Sachverständigenurteil wird behauptet, daß die drei Sorten: Tea, Tafel- und Tischbutter in Wirklichkeit nicht verschiedene Qualitäten seien. Nach unseren Erfahrungen ist dies dennoch der Fall. Unter Teabutter ist allgemein eine ganz frische, ganz ungelagerte oder mildgelagerte Butter verstanden worden. Unter der Bezeichnung Tafelbutter ist allerdings auch eine prima Qualität zu verstehen. Sie unterscheidet sich von der erstgenannten Teabutter lediglich durch den größeren Salzgehalt. Tischbutter aber war in Friedenszeiten entweder sibirische Butter oder aber ein Gemisch von deutscher und sibirischer Butter. Sibirische Butter kommt infolge des überstandenen längeren Transportes naturgemäß nicht so frisch hier an und wurde daher die Qualität durch Verschnitt mit deutscher Butter wieder aufgehoben. Der billigere Preis gegenüber der Tafelbutter bewirkte gleichzeitig einen schnelleren Abgang derselben, so daß die beigemischte deutsche Butter nicht durch die qualitativ geringere sibirische Butter in Mitleidenschaft gezogen wurde, bevor sie an den Konsumenten gelangte. Von einzelnen Buttegeschäften ist auch bekannt, daß sie als Teabutter nur die allerfrischeste und natürlich mildgelagerte Butter verkaufen. Diese Teabutter wurde dann, wenn sie längere oder kürzere Zeit gestanden hatte, ohne verkauft zu sein, zur Tafelbutter und diese wieder zur Tischbutter degradiert, so daß man also in einigen Geschäften einen Unterschied nach dem Alter der Butter kannte und danach die Bezeichnung einrichtete.“

In der Zeit der Hochproduktion war es in Friedenszeiten üblich, und wird es wahrscheinlich auch wieder üblich werden, daß das nicht unterzubringende Quantum Butter in Kühlhäusern eingelagert wurde. Dazu eigneten sich aber nur die allerfeinsten Qualitäten. Wenn dann aber im Winter eine Butterknappheit eintrat, die naturgemäß eine Preissteigerung zur Folge hatte, so wurde diese Butter aus den Kühlhäusern herausgenommen und nunmehr, je nachdem, wie sie sich qualitativ gehalten hatte, als Tafel- oder auch nur als Tischbutter in den Handel gebracht. Zum Schluß sei noch auf einen Unterschied in den Qualitäten hingewiesen, der auf die Herkunft der Butter zurückzuführen ist. Als qualitativ beste Butter deutscher Herkunft gilt allgemein die schleswig-holsteinische Butter, ihr nicht vollkommen ebenbürtig, aber doch noch als allerfeinste, kommt die aus Hannover kommende in Betracht. Mindere Sorten kommen aus Ost- und Westpreußen, andere Provinzen und Mollereien sind dafür bekannt, daß sie nur Tischbutterqualitäten liefern.“

### „Wir brauchen kein Fett!“

Der „Lärmer“ weiß zu melden, daß mit Genehmigung des Stadtschulrats von Berlin in den Volksschulen an die SchülerInnen ein zweistimmig gesetztes Lied vom täglichen Brot verteilt wird. Es ist von Margarete Henschke verfaßt, von Eise Matthies vertont und beginnt: „Mama, Mama, wir brauchen kein Fett, mach' dir keine Sorgen!“

Dem „Lärmer“ gefällt die Mamaspache nicht und er fragt, warum das Lied nicht mit den Worten: „Mutter, Mutter“ beginnen soll. Uns macht dieser Ausdruck weniger Kopfschmerzen, vielmehr interessiert uns, daß die Kinder singen sollen: Wir brauchen kein Fett! Etwas Faderes und Unwahrscheinlicheres als den Fettmangel zu besingen, dürfte es jetzt kaum geben.

### Gemüseabfälle sammeln!

Der Magistrat Berlin richtet sowohl an die Hausbesitzer, wie an sämtliche Haushaltungsvorstände, aber auch an alle Hausfrauen die dringende Aufforderung, in der jetzt vor der Tür stehenden Zeit reichlicher Zufuhr frischen Gemüses die Gemüseabfälle zu sammeln, sie sorgfältig vor jedem Schmutz zu bewahren und halbtags in das auf jedem Grundstück vom Hausbesitzer vorzuhaltende Sammelgefäß zu tun, damit der vom Hausbesitzer mit Abholung beauftragte rechtzeitig die jetzt in der warmen Witterung leicht verderblichen Ueberreste erhalten und der Viehfütterung zugänglich machen kann.

Der Magistrat weist nochmals darauf hin, daß der Verein Berliner Mollereibesitzer, Berlin S 59, Bodestraße 24, vertraglich verpflichtet ist, von jedem Grundstück, dessen Besitzer es verlangt, die Abfälle regelmäßig kostenlos abholen zu lassen. Der Verein ist jetzt nochmals darauf hingewiesen, gerade in der kommenden Zeit der Abfuhr besonderer Sorgfalt angedeihen zu lassen.

### Gebäd auf Brotkartennittelstücke.

Der Magistrat gibt bekannt: Um Zweifeln vorzubeugen, wird besonders hervorgehoben, daß die Befugnis, auf die Brotkartennittelstücke Gebäd zu beziehen, sich lediglich auf die Mittelstücke der Hauptbrotkarten, nicht aber auf die Mittelstücke der Zusatz- und Tagesbrotkarten bezieht. Das zur Einlösung dieser Mittelstücke erforderliche Wehl wird den Bäckern rechtzeitig zugehen.

### Die Ernährung der Kranken.

Der Verzeugschuh von Groß-Berlin schreibt: Die gegenwärtigen Zustände in der Lebensmittelversorgung Groß-Berlins haben eine außerordentliche Erbitterung in der Bevölkerung herbeigeführt, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß für Kranke und Gebrechliche fast nach keiner Richtung genügend Vorsorge getroffen ist. Es wird besonders bedauert, daß ohne Zuziehung ärztlicher Praktiker vielfach Anordnungen getroffen werden, die mit den berechtigten Interessen der Kranken unvereinbar sind und nur von ärztlichen Praktikern richtig beurteilt werden können. Niemand weiß heute aus und ein, Fleischzufuhrarten gibt es nicht. Für Sahne ist die Polizei, für Butter sind bestimmte städtische Stellen, für Fleisch andere städtische Stellen, wieder andere Stellen für Milch zuständig. Wenn die Kranken nicht dauernd Schaden leiden sollen, muß hier eine einheitliche Regelung angestrebt werden. Das Interesse der Kranken ist derart unbedeutend geblieben, daß der Verzeugschuh von Groß-Berlin auf Grund von berechtigten Klagen und auf Grund eines Beschlusses des Geschäftsausschusses der Berliner ärztlichen Standesversammlung eine sich bemühen will, die Regelung der Lebensmittelversorgung vom ärztlichen Standpunkt aus in die Wege zu leiten.

Fischverkauf. In den Markthallen V bis XI und XIV kommen von heute Mittwoch ab wiederum Auslandsfrischwasserfische zum Verkauf. Die Stände sind durch Plakate kenntlich gemacht.

Die schnellste Freigabe der Wälder zum Zwecke des Pilzsammelns fordert der Kriegsausschuh für Konsumenteninteressen, Bezirk Brandenburg, in zwei an den Herrn Oberpräsidenten in Potsdam und an den Zweckverband Groß-Berlin gerichteten Eingaben. Man kann nur wünschen, daß diesem berechtigten Ersuchen, das sich nicht nur auf die städtischen Waldungen, sondern auch auf alle Waldgebiete erstrecken soll, in weitestem Umfang entsprochen werde, und daß nunmehr von beiderseitiger Seite auch der Unterricht in der erweiterten Pilzkenntnis sowie das Sammeln selbst zweckmäßig organisiert werde.

Zwei Bürgerläden in Treptow werden von der Gemeindeverwaltung am 19. Juni eröffnet, die eine im Berliner Ostteil, Wilhelmsbrückstr. 54, die andere im Ortsteil Baumhuldenweg, Baumhuldenstraße 79/80. Am für den ersten Betriebstag die Zahl der Abnehmer übersehen zu können, sollen Meldungen am 14. und 15. Juni, nachmittags von 4—8 Uhr, in den Bürgerläden abgegeben werden. Der Preis für ein Gericht beträgt 40 Pf. Von unseren Gemeindevertretern wird versichert, daß das Restessen besteht, eine durchaus nahrhafte, möglichst fettreiche Kost zu bieten und auch eine sehr große Teilnehmerzahl zu bezeichnen.

Für den Eierverkauf in Treptow ist ebenfalls eine wesentliche Änderung getroffen worden. Um alle Händler möglichst gleichmäßig zu berücksichtigen, sind immer je 400—600 Lebensmittelkartennummern an mehrere Duzend bestimmter Händler verteilt. Das wird die gerechte Verteilung sicher erleichtern. Wer die auf ihn entfallenden Eier binnen 8 Tagen nicht entnommen hat, geht seines Anspruchs verlustig. Die übrigen verbleibenden Eier können von dem betreffenden Händler ohne Einschränkung verkauft werden. Der Preis für das Ei ist bis auf weiteres auf 22 Pf. festgesetzt.

### Totgefahren.

Ein tödlicher Automobilunfall hat sich am gestrigen Dienstagvormittag gegen 1/11 Uhr in Schöneberg ereignet. Die in der Gothenstraße 48a wohnende Frau Strud, deren Mann im Felde steht, befand sich zur genannten Zeit mit ihrem hjährigen Sohne Willi auf dem Wege zum Kaufmann. Beim Ueberqueren des Bahndammes rief sich der Kleine plötzlich von der Hand der Mutter los und geriet in ein herannahendes Automobil A. M. K. III-113. Der Fahrer des Kraftwagens vermochte nicht mehr auszuweichen und so wurde der Knabe umgerissen und überfahren. Das Kind erlitt außer anderen Verletzungen einen schweren Schädelbruch und starb in den Händen eines in der Nähe wohnenden Arztes, zu dem es gebracht worden war.

„Sekretär Heller von der Landwirtschaftskammer“ nannte sich ein Kartoffelschwinder, der seit Jahresfrist in unzähligen Orten Betrügereien verübte. Durch Anzeigen bot er Kartoffeln so billig an, daß die Nachfragen in ganzen Stößen eingingen. Sein Geschäft bestand dann darin, Vorauszahlungen und Vorkäufe einzuflecken. Nur in den seltensten Fällen lieferte er auch einmal Kartoffeln und auch dann nur zu dem Zweck, durch die Lieferung neue Opfer zu bekommen. Denn in diesen Fällen forderte er zugleich die Käufer auf, ihn in Bekanntenkreisen zu empfehlen und ihm neue Bestellungen zuzuwenden. Nebenbei spielte der Gauner auch noch den Bruder der Methodistengemeinde und verübte auch in dieser Maske Schwindereien. So betrog er einen Beamten um 400 M. Der Schwinder wurde jetzt festgenommen und zunächst der Staatsanwaltschaft in Alnburg vorgeführt. Wer er eigentlich ist, weiß man noch nicht genau.

Das Opfer eines Bootsunfalls wurde Sonntagnachmittag der 16 Jahre alte Buchdruckerlehrling Paul Preße aus Neukölln. Der junge Mann machte mit seinem Bruder Alfred eine Bootsfahrt auf der Oberbaumbücke. Hierbei gerieten sie mit ihrem leichten Fahrzeug an das Ankertau eines Lastkahnes. Als nun der Sturm einsetzte und der Kahn schwanzte, straffte sich plötzlich das Tau und warf das Boot um. Die beiden Insassen fielen ins Wasser. Während Alfred das Tau fassen und sich über Wasser halten konnte, bis Hilfe kam, ging Paul unter und geriet unter den Kahn. Erst nach 3/4 Stunden fand man ihn als Leiche wieder.

Die Todesanzeigen des Wahlvereins für den 6. Wahlkreis in der Sonntagnummer enthält die Meldung vom Tode des Genossen Max Lehmann, Ruppiner Straße 42. Wie uns vom Bezirksführer des Bezirks und vom Bureau des Kreises berichtigend mitgeteilt wird, liegt hier eine Verwechslung infolge ungenauer Meldung an das Bureau vor, da der in der Ruppiner Straße 42 wohnende Max Lehmann glücklicherweise unter den Lebenden weilt.

Daraus ergibt sich die Lehre, bei Meldungen ganz genaue Angaben zu machen.

Umfangreiche Diebstähle verübten in einem bekannten Berliner Konfektionsgeschäft der dort angestellte Hausfürner, seine Ehefrau und sein Schwager. Sie drangen nachts in die Geschäftsräume ein und stahlen, was sie nur bekommen konnten. Das gestohlene Gut nahm ihnen stets ein bestimmter Helfer ab, zum Teil setzten sie es auch in privaten Kreisen um. Nach den bisherigen Ermittlungen dürfte der Wert der gestohlenen Sachen über 100 000 M. betragen. Es gelang jetzt der Kriminalpolizei, den Dieben auf die Spur zu kommen. Einige Verhaftungen sind bereits erfolgt.

Keine Nachrichten. Aus dem Flutgraben gelandet wurde gestern in der Nähe der roten Waide im äußersten Norden der Stadt die Leiche eines neugeborenen Knaben. Sie wurde der Polizei übergeben. — Ein gefährliches Spiel hatte gestern in Neukölln wieder einen schweren Unfall zur Folge. Nach einer leidigen Unsitte ließen mehrere Knaben neben einem Strohenbahnwagen der Linie 27 einher. Hierbei kam der fünf Jahre alte Sohn des Wirtlers Dülle aus der Hertzbergstr. 12 so unglücklich zu Fall, daß ihm ein Rad über den rechten Fuß ging. Dieser erlitt eine tiefe laufende Wunde, vier Nähen wurden ganz abgequastet. — Mit Was vergiftet haben sich gestern die 55 Jahre alte Frau Minna des Magazinvverwalters Vogler aus der Brühlstr. 38 und der 24 Jahre alte Tischdreher Otto Schloffer aus der Wilmannsstr. 4 zu Neukölln. — Ein 24jähriger Mägenmacher Richard Reinlich,

ein Kriegsinvalide, hatte im Lazarett öfter Liebesgaben erhalten und war hin und wieder auch in Familien eingeladen worden. Aus dem Militärdienst entlassen, suchte er nun die Spenderinnen und Wohltäterinnen, die er kennen gelernt hatte, auf, spiegelte ihnen vor, er sei in einem Bettelgasse in der Chausseestraße angestellt, und erbot sich, von dort aus Bettel zu beschaffen, um sich für die Liebesgaben und Bewirtungen erkenntlich zu zeigen. Der dem dankbaren jungen Manne gläubte und ihm Geld mitgab, sah weder dieses noch ihn selbst wieder. Der Schwindler wurde gefastert in der Weberstraße, wo er unangemeldet wohnte, ermittelt und verhaftet. — Die Pfingstfeiertage haben die Einbrecher vielfach benützt, um in Geschäftsräumen oder auch in ohne Aufsicht gelassenen Privatwohnungen zu stehlen, was mitnehmendst erschien. Besonders hart werden die Kleinen Leute getroffen, die ohnehin nicht viel haben. Aber danach fragen die Wurschen bei ihren Beutezügen nicht.

Das Gebrüder Herrnsfeld-Theater eröffnet Ende des Monats Juli seine diesjährige Spielzeit. Die Richtung und Leitung des Theaters erfahren keinerlei Veränderung. Der Direktor Anton Herrnsfeld bleibt nach wie vor in seiner Eigenschaft in seinem Theater tätig. Als Ersatz für den leider so früh verstorbenen Donat Herrnsfeld wurden die bekannten Komiker Siegfried Verisch und Ferdinand Gräner verpflichtet. Als kaufmännischer Direktor tritt Herr Emil Verisch, der bisherige Sekretär des Lessing-Theaters in den Verband des Gebrüder Herrnsfeld-Theaters.

## Aus den Gemeinden.

### Anmeldung zur Massenpeisung in Charlottenburg.

Der Magistrat beabsichtigt, in allernächster Zeit die Massenpeisung durchzuführen. Der Preis der ganzen Portion von annähernd 1 Liter Inhalt wird voraussichtlich 40 Pf., der Preis der halben Portion 20 Pf. betragen. Die Einwohner, welche die Massenpeisung in Anspruch nehmen wollen, müssen sich zur Entnahme und zur Vorauszahlung für eine Woche verpflichten. Für jede Woche der Massenpeisung wird ein noch zu bestimmender Abschnitt der Fleischkarte entwertet werden. Die Entnahme der Speisen erfolgt in den Ausgabestellen an Charlottenburger Einwohner gegen Abgabe einer Marke.

Zunächst müssen die Einwohner, welche Beabsichtigen, von der Massenpeisung Gebrauch zu machen, sich in der Zeit von Mittwoch, den 14. bis Sonnabend, den 17. d. M. in einer der 10 Beratungsstellen einschreiben lassen. Die Meldung hat in derjenigen Beratungsstelle des Kriegsauslaufes für Volksernährung erfolgen, in deren Bezirk der sich Meldende wohnt. Für die Aufnahme in die Liste ist die Vorzeigung der Charlottenburger Lebensmittelliste erforderlich. Die Einzeichnung erfolgt an verschiedenen Tagen und Stunden nach dem Alphabet des Familiennamens.

Es haben sich einzuschreiben: Mittwoch, den 14. d. M., vormittags 9-12 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben A-D beginnt. Mittwoch, den 14. d. M., nachmittags 3-7 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben E-G beginnt. Donnerstag, den 15. d. M., vormittags 9-12 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben H-K beginnt. Donnerstag, den 15. d. M., nachmittags 3-7 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben L-O beginnt. Freitag, den 16. d. M., vormittags 9-12 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben P-Sch einschließlich beginnt. Freitag, den 16. d. M., nachmittags 3-7 Uhr, Familien, deren Name mit dem Buchstaben Se-Z beginnt. Sonnabend, den 17. d. M., vormittags 9-12 etwaige Nachzügler.

Die Beratungsstellen befinden sich: I und X Rehringstr. 12, II Bismarckstr. 21, III Weimarer Str. 35, IV Bismarckstr. 51, V Schlüterstr. 12, VI Kugsburger Str. 80, VII Schlüterstr. 83, VIII Tauerstr. 3, IX Kaiserin Augusta-Allee 60.

### Die Steglitzer Kriegsküchen.

Wie notwendig die von der letzten Gemeindevorstellung beschlossene Einrichtung einer dritten Kriegsküche ist, beweist die stark gestiegene Inanspruchnahme der bisherigen beiden Küchen in den letzten drei Monaten. Während im März d. J. 25 791 Portionen verabfolgt wurden, stieg der Bedarf im April auf 31 420 und im Monat Mai auf 35 888 Portionen. Das ergibt einen Tagesdurchschnitt von 929 Portionen im März, 1047 im April und 1188 im Mai. Von den insgesamt in drei Monaten gelieferten 98 099 Portionen wurden 72 152 zum Preis von je 20 Pf. abgegeben, während 23 947 Portionen frei verabfolgt wurden. Seit der Einrichtung der Küchen am 1. September 1914 bis einschließlich Mai 1916 wurden verabfolgt 304 880 Portionen, davon bezahlt 255 070, frei 139 804. Die Selbstkosten betragen zurzeit 85 Pf. für die Portion, so daß die Gemeinde einen Zuschuß von 15 Pf. leisten muß.

Die bisher in der Gemeindegasse in der Plantagenstraße betriebene Küche wird demnach in größere Räume im Hause Albrechtstraße 38, nahe der Eisenstraße, verlegt, während die neue, dritte Küche in den großen Restaurationsräumen Sauburger Straße 4, Ecke Polchingerstraße, eröffnet wird. Wegen der Neueröffnung bittet der Kriegsküchen-Ausschuß um recht zahlreiche Anmeldungen von ehrenamtlichen Helferinnen.

Kinderveranstaltungen in Neudän. Heute Kinderspiele im Treptower Park. Treffpunkt 8 Uhr, Wildenbruchbrücke (Eisensteig.)

## Aus aller Welt.

### Weißer Raben.

Der Magistrat von Sandersleben veröffentlicht in der „Staatsfurter Zeitung“ folgende Bekanntmachung:

Die hiesigen Fleischer haben erklärt, daß sie für Rindfleisch bis auf weiteres nicht den für Schmorfleisch mit Knochen festgesetzten Höchstpreis von 2,20 M., sondern 2 M. für das Pfund nehmen. Ebenso werden sie für Kalb- und Hammelfleisch, für Keule, Rücken, Brust, Hamm und Lamm nicht 2,20 M., sondern ebenfalls nur 2 M. nehmen.

Man wird lange suchen müssen, ehe man noch mehr von diesen bescheidenen Fleischermeister findet. Die Sanderslebener sind — leider — nur ein paar weiße Raben.

Schwere Hagelschäden. Ganze Striche in Oberbayern und Oberösterreich sind in den Pfingsttagen von schweren Gewittern mit Hagelschlägen heimgesucht worden. In Laufen an der Salzach fielen die Schlossen 12 Minuten lang und erreichten die Größe von Laubeneiern. Man mußte die Hagelförner mit Schaufeln forträumen. Alle Feld- und Gartenfrüchte und die gesamte Obstternte sind dort vernichtet. Das Unwetter zog sich bis Prien am Chiemsee hin, und etwa 72 oberbayerische Gemeinden sind von dem Hagelschlag mehr oder weniger heimgesucht worden. Auch die Gegend am Tegernsee hat schwer gelitten. In Oberösterreich und Salzburg bis Neuhofen sind ungefähr 20 Ortschaften arg verwüstet. In Oesterreich wird schon eine Hilfe für die Geschädigten vorbereitet.

Schweres Bootunglück. Am Nachmittag des ersten Pfingstfeiertages kenterte auf dem Kellersee bei Ralente (Schledwig-Hoffstein) ein mit sechs Personen besetztes Segelboot. Ein Matrose, ein junger Mann und zwei junge Mädchen, angeblich sämtlich aus Kiel, ertranken, während zwei Knaben aus Stelbe gerettet werden konnten. Die Leichen sind noch nicht gefunden worden.

Blutige eines Landsturmmannes. Ein Nord- und Selbstmordversuch ereignete sich in Braunshweig. Der als Landsturmman in Magdeburg garnisonierende Arbeiter Weßmann erschien unerwartet in der Wohnung seiner Familie, von der er seit fünf Jahren getrennt lebt, und feuerte auf die ahnungslose Ehefrau hinterwärts vier Revolverkugeln ab. Dann jagte der Attentäter sich selbst eine Kugel in den Kopf. Während er selbst lebensgefährliche Verletzungen davontrug, läßt der Zustand seiner Frau eine baldige Wiederherstellung erhoffen.

Unfall in einem Kalibergwerk. Durch das vorzeitige Losgehen eines Sprengschusses wurde auf dem Kalibergwerk Osterlach aus Hildesheim sofort geädert und ein anderer Arbeiter aus Gr.-Gießen schwer verletzt.

Keine Sommerzeit in der Schweiz. Der Bundesrat hat sich nach eingehender Beratung dahin entschieden, daß die Sommerzeit für die Schweiz nicht eingeführt ist. Wesentlich für den Beschluß war der Umstand, daß der Beginn des wirtschaftlichen Lebens und insbesondere auch des Schulunterrichts in der Schweiz sowie schon früh angeht und eine Verschiebung der Zeit daher für Familien mit schulpflichtigen Kindern eine sehr große Unbequemlichkeit sein würde.

## Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (Friedrichstadt). 8. Abteilung. Zahlabend: Mittwoch, den 14. Juni, bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. Zahlmorgen: Donnerstag, den 15. Juni, bei Krüger, Jerusalemstr. 63.

Tempelhof. Ein Zahlabend findet im Juni nicht statt. Dafür Donnerstag, den 22. Juni: Mitgliederversammlung.

Mariendorf. Der heutige Zahlabend fällt aus. — Dienstag, den 21. Juni, bei Breuh: Mitgliederversammlung; Bericht von der Kreisgeneralversammlung. In der Versammlung werden von 8-9 Uhr Mitgliederbeiträge in Empfang genommen.

Vorstädte-Wittenau. Der Zahlabend findet heute nicht statt. Weihenau. Der Zahlabend fällt heute aus.

Treptow-Baumhulenberg. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Einzelzahlabend in allen Bezirken und in den bekannten Lokalen. Mitgliedsbuch legitimiert!

Milberhof. Der Zahlabend fällt aus. Dafür Mittwoch, den 21. Juni: Mitgliederversammlung; Bericht von der Kreisgeneralversammlung; Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung.

Wohndorf. Die letzte Mitgliederversammlung hat beschlossen, den heutigen Zahlabend ausfallen zu lassen.

Oberischneeweide. Die Zahlabende werden abgehalten: für Gruppe I, Ia und IIa bei Schäffer; Gruppe II bei Rinke; Gruppe III und IV bei Barne; Gruppe V bei Rump; Gruppe VI, VIIa und VII bei Reinte.

Kaulsdorf-Viesdorf. Der gemeinsame Zahlabend findet heute, abends 8 1/2 Uhr, in Kaulsdorf, Restaurant Dampf, Sönoner Str. 5, statt: Bericht von der Kreisgeneralversammlung; Ergänzungswahlen des Vorstandes; Wahl eines Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung Groß-Berlin; Verchiedenes.

Groß-Lichterfelde. Heute bei Wähndorf: Zahlabend.

## Eingegangene Druckschriften.

Vor 45 Jahren! Aufsätze von S. v. Trellische, G. du Bois-Reymond, S. v. Sadel und Graf Münster. Einleitung von Dr. B. Brönne. 1,50 M. — Die Arbeit des freien Mannes als Quell des Friedens. Teil I und 2. 3 M. — Krüger u. Co., Leipzig.

## Briefkasten der Redaktion.

Die literarische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Ueber für den Briefkasten bestimmten Anträge ist ein Aufschlag und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementskarte beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. W. 16. 1. Die Wohnung kann Ihnen verweigert werden, wenn die Bedürftigkeit bei Ihnen nicht anerkannt wird. 2. Sie können Antrag auf Rückwärtszahlung beim Vollstreckungsstellen, wenn für die Jahre sechs Jahre aktive Dienstzeit nachgewiesen werden können. — W. S. 111. Unterstützung für das Kind in Höhe von 15 M. monatlich erhalten Sie auf Antrag bei der zuständigen Steuerklasse, wenn die Vaterpflicht anerkannt ist. Einbindungskosten werden Ihnen nur gemäß, wenn Sie selbst Mitglied einer Krankenkasse sind. — P. 7. Wenden Sie sich mit einem Antrag an den Magistrat. — J. Rein. — W. M. 26. Verfügung, Verstraffung oder Freisetzung von Gläubigern oder falsche Besenke. Chronische Krankheiten und wesentliche Fehler der größeren Besenke mit erheblichen nachteiligen Störungen der Gebrauchsfähigkeit. Es liegt in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie sich eine andere Beschäftigung suchen. Wenden Sie sich an die nächste Kriegsbeschädigtenfürsorge Berlin, Rathaus, Zimmer 37. — G. R. 101. Die Landesversicherungsanstalt kann nicht verpflichtet werden, die Heilbehandlung zu übernehmen. Nehmt Sie Ihren Antrag ab, so ist dagegen nichts zu unternehmen. — Lottchen K. Die rückständigen Beiträge der Mütter nur durch Zahlungsbefehl einreiben. — W. M. 42. Auch in diesem Fall kann nur das Krankengeld vom Gehalt in Abzug gebracht werden. — J. M. 17. 1. Die Behörde gibt Ihnen über die Person, die die eventuelle Anzeige erstattet hat, keine Auskunft. 2. Auch die staatliche Unterstützung kann Ihnen entzogen werden, wenn die nach dem Gesetz vorgeschriebene Bedürftigkeit als nicht vorliegend erachtet wird. — G. S. 7. Antrag auf Gewährung der Altersrente ist bei der Landesversicherungsanstalt Brandenburg in Berlin, Reichstr. 15 unter Einreichung der Aufrechnungsbescheinigungen und der letzten Lohnkarte zu stellen.

G. S. 9. Die Steuerpflicht richtet sich nach dem Einkommen. Wenn das Einkommen mindestens 300 M. beträgt, müssen Steuern gezahlt werden. — G. R. 26. Erkrankung des Vaters und Kindes, welche die für den Militärdienst notwendige Gebrauchsfähigkeit eines Ritterschleiers wesentlich beeinträchtigen. — G. R. Die Polizei gibt Ihnen darüber keine Auskunft, Sie müssen bei dem Wäbden selbst anfragen. Eine Abfindung kann nur unter Zustimmung des Vormundes und des Vormundschaftsgerichtes stattfinden. Für die Zahlung des Unterhalts ist eine bestimmte Einkommensgrenze nicht festgelegt. — Köpender Straße 164. Vergleiche Behandlung muß Ihnen durch die Militärbehörde gewährt werden. Wenden Sie sich mit einem Antrag an das Bezirkskommando. — G. S. 44. Ja. — S. G. 36. Die Kaffe ist zur Zahlung nicht verpflichtet. Es kommt nicht vermehrte Erwerbsfähigkeit in Frage, sondern darauf, ob Sie absolut erwerbsunfähig sind. — G. 12. Eine bestimmte Abfindungsgrenze ist im Gesetz dafür nicht vorgesehen, das kommt auf Ihre persönlichen Verhältnisse an. Der uneheliche Vater hat keinerlei Anspruch auf das Kind. — W. G. Richterberg. Flug- und Sportplatz Berlin-Johannisthal, G. m. b. H., Flugplatz Johannisthal. — P. S. 56. Die Fahrt wird 3-mal im Jahre je 8-5 Rump. — R. S. 18. Wenden Sie sich an die Militärkommission des Nationalen Frauenbundes, Mariannenplatz 27/28. — R. 21. Die erste Meldung über D. brachte die „Post“ am 8. Januar 1918, der „Tempo“ folgte die Weiterführung der dreijährigen Dienstzeit am 16. Februar 1918 an. — W. G. R. 19. 1. Ueber Reichstagsabgeordnete wählbar. Besondere Bedingungen sind damit nicht verbunden. 2. Freireligiöse Gemeinde zu Berlin, Geschäftsstelle Wappeler Allee 15-17. — S. Pelikan, Lohd. Wenden Sie sich mit einer Anfrage an die dortige deutsche Verwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Pankow.**  
Am 10. Juni verstarb unser Parteigenosse, der Buchdrucker-Invalide  
**Gustav Krüger**  
im 76. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes, Berlin, Landberger Allee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

**Verband der Hut- und Filzwarenarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. Ortsverwaltung Berlin. Nachruf.**  
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß am Freitag, den 8. Juni, der Kollege  
**Karl Schnepfer**  
(Invalide)  
nach schwerem Leiden im Alter von 69 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
76/9 Der Vorstand.

Von seinem mit so großer Geduld ertragenen Leiden wurde mein lieber Mann, der Bauhilfster  
**Georg Ritter**  
am 13. Juni, nachmittags, endlich erlöst. Er stand im 65. Lebensjahre.  
Im Namen der Hinterbliebenen  
Anna Ritter geb. Reumann,  
Neudän, Rottbuser Damm 98.  
Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 17. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Kapelle des jüdischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 200/20

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters zuteil wurden, sagen wir allen Verwandten und Bekannten, sowie allen Beamten und Arbeitern der Vanger-K.G. unseren herzlichsten Dank.  
12091  
Witwe Frau Anna Krüger nebst Kindern.

**Dankfagung.**  
Für die zahlreichen Beileidsbezeugungen, die uns beim Tode unseres ältesten Sohnes  
8196  
**Willi Schlächter**  
im Felde zugegangen sind, sagen wir allen Freunden unseren herzlichsten Dank.  
Familie Schlächter,  
Bangiger Straße 46.

**Wehmütige Erinnerung**  
zum Todestage meines heilgeliebten, herzenguten Vaters, unseres lieben Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels, des Offiziersstellvertreters  
**Fritz Schwarzbach**  
gefallen im Osten am 14. Juni 1915,  
im besten Mannesalter von 37 Jahren. 150/15

Daher weilt der dunkle Trauerflor heut an Deinem lieben Silbe nieder, Daher ist mein einjam Herz, Denn Du lehrst ja nimmer wieder.  
Schläft nun schon ein ganzes Jahr In der fremden kühlen Erde, Schnell wohl schon, als Du gingst, Daß sie Dir einst Heimat werde.  
Hab' in Deine treuen Augen Ja zum letztenmal geblickt, Damals als bei Deinem Ausmarsch Sie uns noch die Hand gedrückt.  
Und in des Todes düsteren Armen, Da lauchst Du auf ein Heimatbild, Es sah Dein Herz ein tief Erbarmen, Ach, meine Gattin und mein Kind.  
O Natur, ich rufe Dich an, Laß Blumen blühen auf einem Grab, Das lebende Hand nicht schänden kann.  
Wir müssen ohne Dich durchs Leben wandern Und meinen still um ein verlorenes Glück.  
Berlin, 14. Juni 1916. J. S. Gahnau i. Schlo. Goldensteinstr. 26. Ring 72.

Gewidmet von Deiner Dich nie vergessenden Gattin  
**Berta Schwarzbach**  
nebst Tochter.

**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Anteilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Bruders und Schwagers  
**Willi Bartholdy**  
speziell der Schönberger Genossen und dem Personal der Firma Galt unseren besten Dank.  
Familie Galtelbusch.

**Schlaflos**  
igkeit, nervöse Störungen u. Erregungszustände, Herzklopfen, Reizel's „Daldorfen“ (reiner Pflanzenauszug), ein ungemein beruhigendes, heilsam wirkendes Speizium, die natürlichste Medizin für die Nerven. Pi. 2.50 M. Wo in Apotheken und Drogerien nicht erhältlich, wende man sich an Otto Reichel, Berlin 80 42, Eisenbahnstr. 4.

**Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek**  
Jedes Heft 20 Pfg.  
**Spezialarzt**  
Dr. med. Wockensauß,  
Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsunterbrechung. Teilzahlung.  
Sprechstunden: 10-1 und 3-5.

Auswahlendungen nach ausserhalb gegen Anzahlung. Passender für stärkste Figuren in allen Abteilungen.

**Billige Preise!!!**

Einzelstücke **Modell-Kostüme**, Selds, Taffel, Gabedina, Kammgarn, darunter Prachtstücke vornehmster Meisterschöpfungen, Glockenschnitts  
120,- 110,- 90,- 80,- 65,-

Prachtvolle **Kostüme** aus Kammgarn, jugendliche Formen, Krüselstoffe, weiße Wäsche, entzückende Anmachungen  
85,- 80,- 75,- 62,- 15,-

Fein-**Eolienne-u. Tafelmäntel** aus besten Stoffen, feine Formen, tolle Anmachungen, auch einfach gehalten  
100,- 75,- 60,- 55,- 50,-  
Lodenkostüme 45,- 55,- 60,- 65,-  
Lodenmäntel 35,- 27,- 20,- 15,-

Herrensammelmäntel in allen Größen von 20 M. an.

**Meine Winter-Angebote — Billige Preise!!**  
Beste Arbeit, flotteste Form, gediegene Stoffe!

Fein-**Selbs- und Seapelschmähel** 120,- 130,- 80,- 65,-  
Reicher Pelzmantel mit Lischens 200,-  
Einzeln Pelzmodelle 600,- 500,- 400,- 250,- 150,-

Mollige **Ulster**, beste Anmachung, für die Hals 75,- 55,- 35,- 25,-  
Modell-Röcke, Eolienne, Taffel 85,- 80,-  
Wolle 15,- 8,-

II. Geschäft  
Or. Frankfurter Str. 115  
(nahe Andreasstrasse)

**WESTMANN**

Rabattmarken der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend. Sonntags geöffnet von 9-10 Uhr